

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Theodor Bömelburg †. Rundschau. Politische Monatsschau. Der Organisationszwang der kapitalistischen Kartelle, 1. Mit Hilfe der Arbeitgeber! Eingegangene Gelder. — **Allgemeines:** Der christliche Gewerkschaftskongress und die freigewerkschaftliche Tarifpolitik. — **Der Lithograph:** Wezel & Naumann-Leipzig. — **Der Steindrucker:** Die Prämienarbeit. Aus den Sektionen: Jena, Leipzig. — **Die photomech. Fächer:** Retusche-Anstalten — Privatretuscheure. Zum Artikel: »Unser Auskunfts-system«. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Osnabrück-Lüstringen. — **Feuilleton:** Ich bin ein Sklave... Johann Daniel Preißler. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An die Ortsvorstände.

Am 18. September sandten wir mit Rundschreiben Nr. 23 an alle Mitgliedschaften Fragebogen zur Aufnahme einer

Statistik über die Verhältnisse der graphischen Zeichner.

Eine große Anzahl Ortsvorstände hat bis heute diese Statistikbogen noch nicht an uns zurückgeschickt, weshalb wir hier daran erinnern. Da es uns daran liegt, lückenlos die Verhältnisse der graphischen Zeichner festzustellen, so sind sämtliche Zeichner zu ermitteln, also auch die Unorganisierten. Von denjenigen Orten, wo überhaupt keine graphischen Zeichner beschäftigt sind, erbitten wir uns diesbezügliche kurze Mitteilung per Karte, damit jeder Zweifel ausgeschlossen erscheint. Der Hauptvorstand.

Theodor Bömelburg †.

Am 17. Oktober verstarb nach langem schweren Leiden, über dessen Verlauf wir unsere Kollegen mehrfach unterrichtet haben, Genosse Theodor Bömelburg, der langjährige Vorsitzende des Maurerverbandes und der Führer der Bauarbeiterschaft. Er war einer der hervorragendsten deutschen Gewerkschafter von einer Bedeutung, die weit über den Kreis seiner engeren Berufsorganisation und über die Deutschen Grenzen hinausging. Mit der gesamten Arbeiterchaft werden auch unsere organisierten Kollegen des Mannes, dessen Name in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung fortleben wird, in mitempfindender Trauer gedenken. — Der »Vorwärts« übernimmt dem Verstorbenen folgenden tiefgefühlten Nachruf. Die Redaktion.

Theodor Bömelburg, der erste Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist tot. Am Donnerstagabend, etwas nach 7 Uhr, ist er im Barmbecker Krankenhaus dem Leiden erlegen, das ihm ein düsteres Schicksal auferlegt hatte. Mit tiefem Schmerz wird diese Nachricht von all den ungezählten Tausenden aufgenommen werden, die Bömelburg kannten. Und wer von dem großen Bunde, den die deutsche Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen darstellt, hätte Bömelburg nicht gekannt? Weit hinaus über den Kreis der deutschen Bauarbeiter, denen er ein hochbegabter Führer war, ist sein Name gedrungen. In den Gewerkschaften wie in der sozialdemokratischen Partei stand er hoch in Ehren!

In den schnell fliehenden Stunden, in denen wir diese Zeilen niederschreiben müssen, läßt sich das Lebensbild dieses Mannes nur unvollkommen geben. Denn in Bömelburg haben wir das Urbild des Arbeiterführers der Gegenwart in aller Reinheit und Treue vor uns: Als Sohn eines armen Dorfproletariats geboren, mit der dürftigen Bildung, die eine Dorfschule geben kann, in den Kampf ums Dasein hinausgestoßen, die Erkenntnis des pochenden Lebens erschwert durch den aner-

zogenen Glauben an die starre Lehre der Kirche, so mußte er seinen Weg beginnen, von keiner Hand gestützt und nur auf sich allein angewiesen. Und sein Weg führte ihn bald in die Reihen des Proletariats, gerade zu einer Zeit, wo die Gewißheit immer stärker wurde, daß man bald die schlimmste der Fesseln, das Ausnahmegesetz, gebrochen haben würde und wo an den Brennpunkten unserer Bewegung ein tatenfrohes Schaffen herrschte, wo es wie ein frohes Erwachen durch die kulturhungrigen Massen der Arbeiter strömte. In diese hochgehende Bewegung einmal hineingezogen, offenbarten sich bald seine hervorragenden Fähigkeiten, die von den Aufgaben wuchsen und sich immer glänzender entfalteten. Die Notwendigkeit der Tatsache stellte ihn bald an die Stelle, an die er gehörte und in deren Dienst er seine volle ungeteilte Kraft stellte. Er wuchs an und mit seinen Werken und er verwuchs mit ihnen. Denn es war seine Art, nichts halb oder nichts scheinbar zu tun, sondern stets mit seiner ganzen Persönlichkeit ein ganzes Werk hinzustellen. Und so ist er der Mann geworden, der in seinem besonderen Wirkungskreise einen seltenen Einfluß besaß, einen Einfluß, der sich auf Achtung und Vertrauen gründete. So ist er der Mann geworden, den man ohne einen Schein von Übertreibung zu den hervorragendsten Führern der deutschen Arbeiterbewegung zählen kann.

Am 27. September 1862 wurde Bömelburg in dem kleinen Dorfe Westönnen im Kreise Soest geboren. Sein Vater war Maurer und so lernte auch er, nachdem er die Weisheit des Kantors von Westönnen in sich aufgenommen hatte, das Maurerhandwerk. Seine Eltern waren fromme, katholische Leute und es versteht sich, daß auch der junge Maurer sehr bald in das Land der westfälischen Industrie zog, wo er ein gläubiger Katholik und Kirchengänger war. Bis zu seiner Militärzeit in Köln war er nicht aus dem Bannkreise seiner ersten Umgebung herausgekommen. In Köln meldete sich jedoch bei ihm zuerst ein anderes Verlangen: So oft er Zeit und Geld dazu hatte, ging er in die Theater und empfing dort wohl die ersten Eindrücke von freierem Geistesleben. Dann aber, nach der Entlassung aus der Kaserne, strebte er in die Weite und kam im März 1887 nach Hamburg. Hier vollzog er den Anschluß an die Arbeiterbewegung; hier fand er die Stätte, wo sich die in ihm schlummernden Kräfte entfalten konnten.

Theodor Bömelburg hat von der Pike auf gedient. Im ersten Hamburger Wahlkreise war er Mitglied der Partei und ein Jahr später betraute man ihn mit dem Amte eines Bezirksführers im Fachverein der Maurer, dem er sich gleich nach seiner Ankunft angeschlossen hatte. Hier versuchte er sich zuerst als Redner, mit heftig klopfendem Herzen, wie er später oft erzählte. Einige Jahre später wurde er der Vorsitzende der Hamburger Maurerorganisation. Für einige Jahre war er auch Vorsitzender des Hamburger Gewerkschaftskartells. Und von da an gehörten seine Kräfte vornehmlich der Gewerkschaftsbewegung, die ihn

vor immer größere Aufgaben stellte. Seine Berufsorganisation war damals von dem Kampf um die Organisationsform erfüllt, deren eigentlicher Gegenstand freilich weit mehr als die bloße äußere Form des Zusammenschlusses war. Bömelburg war, wie alle Hamburger Maurer, Anhänger der Zentralisation und er hat auf den Berufskongressen ihren Sieg mit herbeiführen helfen.

Im Jahre 1893 starb Dammann, der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer. Bömelburg, der bis dahin schon bei der Abwicklung der Geschäfte geholfen hatte, trat an seine Stelle. Um jene Zeit war es um die Organisation der Maurer traurig bestellt. Die schwere Krise lag wie ein Alp auf dem ganzen Organisationsleben und verbreitete Verdrossenheit und Mutlosigkeit. Es war eine schwere Aufgabe, die des neuen Vorsitzenden harpte. Aber keiner hätte ihre Lösung besser bewältigen können als gerade Bömelburg. Denn Bömelburg vereinigte in sich alle die Eigenschaften, die dazu erforderlich waren. Er war ein glänzender Agitator, besaß daneben ein erstaunliches Organisationstalent, einen sicheren Blick für die Eigenschaften anderer und war dazu ein gewiegener Taktiker. Als Redner wußte er seine Zuhörer stets zu fesseln und meistens zu überzeugen. Das wußten auch seine Berufsgenossen, und wenn irgendwo ein Kampf abgebrochen werden mußte, den die Streikenden noch nicht aufgeben wollten, gab eine Rede Bömelburgs den Ausschlag. »Tetje hat doch recht,« sagten sie dann und stimmten seinem Vorschlage zu. Aber nicht weniger oft, besonders in den Jugendjahren der Organisation, hat seine Beredsamkeit die zögernden und zagenden Massen zum frischen fröhlichen Kampf zusammenschweißte und Begeisterung und Selbstvertrauen in ihnen geweckt. Für seine Eigenschaften als Organisator legt die nahezu zwei Jahrzehnte von ihm geleitete Maurerorganisation Zeugnis ab. Er verließ sich nie auf andere, sondern wirkte in allem mit, was sein Gebiet berührte. Keine Sache war ihm zu klein. Sein taktisches Geschick hat sich in vielen, vielen Fällen und am glänzendsten wohl in der großen Bewegung des Jahres 1910 bewährt.

Aber alle diese Eigenschaften allein hätten ihm kaum ein so großes Maß an Achtung und Verehrung gebracht, wie er es tatsächlich genoß, wenn sich nicht damit verbunden hätte ein reiner goldlaute Charakter! Man muß Bömelburg im Verkehr mit Kindern gesehen haben, wenn man ihn als Mensch beurteilen will. Wie ging dann das Herz auf! Wie konnte er mit ihnen herzen! Oder man muß gehört haben, wie weich rührender Liebe er von seiner Mutter erzählte. Da sah man, daß dieser Mann, der in den Kämpfen und Geschäften oft hart und unbeugsam schien und erscheinen mußte, ein fast allzu weiches, durch und durch gütiges Wesen hatte.

Es ist bekannt, daß Bömelburg zu allen Zeiten großen Wert auf ein möglichst einiges Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften legte. Von ihm stammt das Wort;

»Partei und Gewerkschaften sind eins!« Er sprach es am Schlusse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses aus, den er, wie die meisten Kongresse der Gewerkschaften als Vorsitzender geleitet hatte. Seine Wertschätzung des politischen Kampfes kommt auch darin zum Ausdruck, daß er die Reichstagskandidatur von Dortmund übernahm und das Mandat, das er 1903 gewann, ausübte bis ihn die Kräfte verließen. Auch der Hamburger Bürgerschaft gehörte er von 1904 bis 1907 an. Dann allerdings mußte er eine Wiederwahl ablehnen, denn es war ihm unmöglich geworden, das Mandat so auszuüben, wie es sein Pflichtgefühl von ihm forderte.

Man überblickt sein Leben nun, wo es ausgegüht ist, noch einmal und gesteht: Es war ein großes, arbeitsreiches, tatenvolles Leben! Aber es war auch ein schönes Leben, denn es war die Frucht seiner Mühen. Es sah Erfolge, es sah ein Vorwärts und ein Aufwärts für ungezählte Tausende. In diesem Sinne nur war es ein schönes Leben; sonst war es erfüllt in der Jugend von Armut und Entbehrung, im Mannesalter von Unrast und bängigen, sorgenvollen Stunden. Und am Schluß stand ein schweres Sterben.

Ein schweres Sterben. — Seit dem Herbst des Jahres 1910 mehrten sich die Anzeichen eines ernsten Nervenleidens. Aber er wollte nicht ausspannen. Allem Zureden setzte er entgegen, daß es jetzt noch nicht ginge; erst müsse das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe in Ordnung sein. So hielt er sich aufrecht bis zum Anfange des vorigen Jahres. Dann suchte er Heilung in Wiesbaden, im Schwarzwald, in Thüringen. Umsonst! Wohl fühlte er sich einmal besser und wollte seine Arbeiten wieder aufnehmen. Aber es ging nicht, und er mußte wieder auf die Suche nach Gesundheit. Und dann kam der Zusammenbruch vor etwa einem Jahre, der die Gewißheit brachte, daß es für unseren Bömeburg keine Gesundheit mehr gebe.

Nun ist am Donnerstag, kurz nach Sonnenuntergang, der Tod an sein Lager getreten wie ein Freund und Erlöser und hat seine kühle Hand auf das Herz gelegt, das einst so heiß, so heiß geschlagen für die Armen und Entbehrten, für seine Brüder, die ihn nie, nie vergessen werden.

Und nun steht dies Herz still. —

»Vorwärts«.

Rundschau.

Zur Nachahmung empfohlen! In der Braunschweiger Notendruckerei *Henry Littolffs Verlag* wurde dem gesamten Personal, in Anbetracht der allgemeinen Teuerung, eine freiwillige 10prozentige Lohnerhöhung gewährt. — Da dem Personal schon vor 4 Jahren auf eine Eingabe hin der Lohn um 10 Proz. erhöht worden ist und nach 2 Jahren eine weitere Lohnzulage bewilligt wurde, so können wir die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß die Löhne der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (für uns kommen 14 Kollegen in Betracht) in zirka 4 Jahren um rund 25 Proz. gestiegen sind. Auch hat die Firma ihrem Gesamtpersonal ohne jede Karenzzeit eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes bewilligt, indem in der Pfingstwoche jedes Jahres der ganze Betrieb ruht. Zu bemerken ist ferner, daß zwei unserer dort langjährig beschäftigt gewesenen Kollegen bei ihrer jetzt eingetretenen Invalidität von der Firma ein wirklich anständiges Ruhegehalt als Anerkennung für langjährig geleistete Dienste gewährt wurde.

Das Schutzverbandsorgan fühlt sich bemüht, sich nochmals mit unserem Jahresbericht zu befassen und sich wegen der Kassenverhältnisse anderer Leute Kopfschmerzen zu machen, als ob es nicht schon genug Sorgen mit sich selber hätte! »Auch Gewerkschaftsbilanzen muß man zu lesen verstehen.« Diese Folgerung zieht das Blatt aus dem Umstande, daß in unserem Jahresabschluß, wie es sich gehört, nur die bis Ende 1911 verausgabten Streikunkosten verbucht wurden, während ganz selbstverständlich die im ersten Quartal verausgabten Gelder erst in der Abrechnung für dieses Quartal enthalten sind. Diese einzig einwandfreie Art der Abrechnung nennt das Blatt »verrechnen«, wobei es dieses Wort in Gänsefüßen setzt. Das charakterisiert das Blatt und seine Hintermänner zur Genüge und lehrt, in welcher Weise auf jener Seite die Bilanzen frisiert und die Abrechnungen geschoben werden mögen. Deshalb ist man wahrscheinlich auch vorsichtig genug, die Abrechnungen

überhaupt nicht zu veröffentlichen, sonst würden jedenfalls alle diejenigen, die Schutzverbandsbilanzen zu lesen verstehen, ihr blaues Wunder erleben. Aber schließlich zeigen ja auch in Ermangelung der aus leicht begreiflichen Gründen streng geheim gehaltenen Schutzverbandsbilanzen die Abschlüsse der Schutzverbandsbetriebe, z. B. der Firmen Hagelberg, Schwerdtfeger und vieler anderer, wie manche Unternehmer durch ihre sinnlose Aussperrungswut in die Patsche geraten sind. Und hoffentlich zieht man auch aus der rein finanziellen Seite der Bewegung bei den maßgebenden Stellen des Schutzverbandes die richtige Lehre für die Zukunft!

Konkurse im polygraphischen Gewerbe. Im Jahre 1911 meldeten 56 Firmen aus dem polygraphischen Gewerbe Konkurs an gegen 62 im Jahre 1910. Davon kamen 38 (47) zur Eröffnung, 18 (15) Anträge wurden wegen Massenmangels abgewiesen. Von den insgesamt 56 angemeldeten Konkursen kamen 30 auf Buchdruckerei, 10 auf Steindruckerei, 2 auf Farbendruckerei, 2 auf Schriftgießerei, 13 auf photographische Anstalten. Zur Eröffnung des Konkursverfahrens kam es bei Buchdruckerei in 21 Fällen, Steindruckerei 9, Farbendruckerei in 2, Schriftgießerei in 1, photographischen Anstalten in 5. Wegen Massenmangels abgewiesen wurden 9 Konkursfälle von Buchdruckereien, 1 Steindruckerei, 8 photographischen Anstalten. — Auch diese Zahlen können manchem Steindruckereibesitzer, um mit dem Schutzverbandsorgan zu reden, eine Lehre für die Zukunft sein!

Einem schweren Unglücksfall erlitt ein junger Steindruckerkollege in der Firma Saatz, Berlin. Diese Firma hat von der Firma Hagelberg eine große 60er Schnellpresse gekauft und den betreffenden Kollegen, der erst am 1. Oktober angelernt hat und damals noch Lehrling war, an die Maschine gestellt. Da er für letztere viel zu klein war, ist er beim Wischen des Steines während des Ganges in die Maschine gestürzt. Der Armste wurde mit den Kleidern in das Maschinenwerk hineingerissen und schrecklich zugerichtet. Wäre nicht schnell durch Abstellen der Motore die Maschine zum Stehen gebracht worden, so hätte er einen elenden Tod durch zermalmen gefunden. Jetzt liegt er mit zerbrochenen Gliedern im Krankenhaus.

Der Geschäftsbericht des Tarifamtes der Buchdrucker über das Jahr 1911/12 erwähnt den Abschluß des neuen Tarifvertrages und seine Ausgestaltung. Der Umfang der Tarifgemeinschaft ist auf 8051 Firmen mit 66976 Gehilfen in 2242 Druckorten angewachsen. — Die Beschwerdeämter haben 123 Klagen wegen Preisunterbietung behandelt, von denen 75 durch eine Verwarnung, 10 durch Einigung, 17 durch eine Buße und 3 durch eine Strafe erledigt wurden; in 5 Fällen kam es zum Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft. — Die Tarifschiedsgerichte hatten 694 Gehilfen- und 174 Prinzipalsklagen zu behandeln. Die Gehilfen blieben mit 41,6 Prozent ihrer Klagen in Recht, mit 25,9 im Unrecht, die Prinzipale blieben mit 50 Prozent im Recht, mit 19,5 Prozent im Unrecht. Die übrigen Klagen wurden durch eine Einigung oder durch Zurückweisung oder durch Überweisung an die Gewerbebehörde erledigt. Die Anzahl der Schiedsgerichte beträgt 65. Zur Berufung vor das Tarifamt kamen 79 Gehilfen- und 11 Prinzipalsklagen. Vor dem Berufungsgericht blieben die Gehilfen bei 24,1 Prozent im Recht, 58,2 Prozent im Unrecht; die Prinzipale befanden sich mit 72,7 Prozent im Recht, mit 18,2 Prozent im Unrecht; die übrigen Fälle wurden durch Einigung usw. erledigt. — Der Bericht erwähnt noch den durch Vermittlung des Tarifamtes erfolgten Abschluß des Hilfsarbeiterarbeitsvertrages bis jetzt in folgenden Städten Annahme gefunden hat: Berlin, Bremen, Halle, Königsberg, Magdeburg, Mannheim-Ludwigshafen, München, Nürnberg, Stuttgart, Cassel, Darmstadt, Frankfurt a. M.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Am 12. und 13. Oktober wurden in Leipzig die Arbeitsausschüsse gebildet. Dank dem großen Entgegenkommen, das das Unternehmen von allen Seiten erfahren hat, ist bereits ein Garantiefonds von nahezu 1 Mill. Mk. gezeichnet; eine zweite Million ist zu erwarten. Vom Auslande haben Österreich-Ungarn, Frankreich, England, Amerika, Holland, Dänemark, Schweden, Belgien und andere bereits zugesagt, teils unter offizieller Beteiligung der Regierungen, und die Mitwirkung von Japan und China steht in Aussicht. Die Ausstellung wird das, was sie zeigen will, möglichst nicht an toten Dingen vorweisen, sondern viele Arbeitsvorgänge in lebendiger Bewegung veranschaulichen. Der Besucher wird das Buch, die Zeitschrift, die Zeitung usw., von der Papiererzeugung beginnend, vor sich entstehen sehen. Dabei wird man auch alle Hilfsgewerbe, wie die Schriftgießerei, die Illustrationsverfahren, die Buchbinderei und vieles andere studieren können. — Bereits gegen 20 Kongresse größerer Verbände sind in Verbindung mit der Ausstellung einberufen, während eine große Anzahl anderer Fach- und Kunstvereinigungen ebenfalls in Aussicht gestellt haben, ihre Hauptversammlung im Jahre 1914 in der Leipziger Ausstellung abzuhalten.

Plakat-Ausstellung. Im Buchgewerbehaus zu Leipzig findet vom 13. Oktober bis 3. November eine Ausstellung von Plakaten der deutschen Industrie statt, die als Wanderausstellung in 16 Städten gezeigt werden soll. Veranstalter dieser Ausstellung,

deren Besichtigung nur empfohlen werden kann, ist der Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Die Veranstalter haben zur Ausstellung auch eine Begleitschrift »Kunst und Kaufmann« herausgegeben, die einige Reklameplakate aus alter Zeit wiedergibt.

Panamakanal Postmarken. Aus New York wird gemeldet: Zum Andenken an die Eröffnung des Panamakanals und die »Panama-Pacific-Exposition« in San Francisco 1915 wird eine neue 2-Cent-Postmarke herausgebracht. Sie ist größer als alle anderen ihres Genres, denn sie wird 1 Zoll hoch und 1 1/4 breit sein. Der Entwurf zeigt die Gatun-Schleusen mit einem in der nördlichen Einfahrt befindlichen und einem die südliche Schleuse verlassenden Schiff. Die Farbe ist noch nicht bestimmt. Die neue Marke wird in einigen Wochen zu haben sein.

Über die Arbeitslosenversicherung wurde am 17. Oktober in der *Stadterordnetenversammlung in Kassel* eine bemerkenswerte Debatte geführt. Vor drei Jahren, gelegentlich einer Auseinandersetzung über das Steigen des Armenetats wurde von sozialdemokratischer Seite auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der kommunalen Arbeitslosenversicherung hingewiesen und daraufhin eine Kommission eingesetzt, die die Möglichkeit der Versicherung für Kassel prüfen sollte. Als die Kommission jetzt Bericht erstattete und ihre Auflösung beantragte, weil die Versicherung undurchführbar (!) und mit Rücksicht auf den Beschluß des Städtetages zu Posen *nicht geboten* (!) sei, ist dagegen auch von bürgerlicher Seite lebhaft Widerspruch erhoben worden. Man sagte, die außerordentliche Wichtigkeit der Arbeitslosenfürsorge müsse Veranlassung sein, den Gedanken der Arbeitslosenversicherung weiter zu verfolgen, besonders, da das Eingreifen von Staat oder Reich noch weit im Felde liege. Der Antrag der Kommission wurde schließlich abgelehnt und ihr Weiterarbeiten aufgetragen in der Richtung, zuverlässiges Material zur Beurteilung der Frage zu beschaffen, ob in Kassel die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung möglich ist, auf welchem Wege und unter welchen Aufwendungen.

Elend und Verschwendung. In der in Bonn erscheinenden »Deutschen Reichszeitung«, einem Zentrumsorgan, finden wir in der Nummer vom 26. September den folgenden Brief eines Tagelöhners: »Ich bin Tagelöhner, habe eine Frau und fünf Kinder. Das ganze Jahr gehen wir in kein Wirtshaus und machen nichts mit. Wir leben meistens von Schwarzbrot mit etwas Kraut oder Klatschkäse geschnitten, auch Kartoffeln und dünner Kaffee. Bei einer solchen Kost ohne Fett und Fleisch, was ja heutzutage alles zu teuer ist, können die Kinder nicht stark werden und wir selbst fühlen uns auch schwach. Kürzlich sagte mir jemand, daß vielleicht Hundekuchen unter Kartoffeln und Gemüse gemacht, eine kräftige Nahrung gebe. Hundekuchen würde aus Fleischabfällen bereitet und etwas Schädliches könne nicht darin sein, da die Hunde bei dieser Nahrung kräftig und gesund blieben. Ich würde ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir durch den Briefkasten mitteilen, ob Hundekuchen für Menschen schädlich ist. Ich möchte gern einmal einen Versuch damit machen.« — Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses wahrhaft erschütternden Briefes eines hungernden Arbeiters macht die folgende Notiz in der bürgerlichen Presse die Runde: »Der eleganteste Mann der Welt ist nach einem englischen Blatte Fürst Albert von Thurn und Taxis. Er trägt jeden Tag einen neuen Anzug, und die Anfertigung seiner Garderobe nimmt die volle Tätigkeit von zwölf erfahrenen Bekleidungskünstlern in Anspruch. Die Gesamtkosten der Kleidung beziffern sich auf 60000 Mark pro Jahr. Der Fürst läßt seine Anzüge mit Rosenöl parfümieren, das 100 Mark pro Unze kostet. Die Zahl der Krawatten, die der Fürst im Jahre anlegt, ist auf rund 1000 Stück zu berechnen, und an Schuhen benötigt er jährlich 200 Paare.« So sieht es aus in der besten aller Welten! Die nichtstuhenden Tagediebe verpulvern jährlich 60000 Mark allein für ihre Kleidung und der fleißige Arbeiter nährt sich und seine Familie mit Hundekuchen!

Generalversammlungen und Kongresse.

Xylographen. Vom 22. bis 25. September tagte in Berlin die Generalversammlung des deutschen Xylographenverbandes. In der Eröffnungssitzung wurde gerügt, daß die Frage des Anschlusses an unsere Organisation nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt und unser Verband nicht zur Entsendung einer Vertretung eingeladen wurde. Letzteres soll in Zukunft geschehen. Im Geschäftsbericht wurde auf die ungünstige Entwicklung der Xylographie hingewiesen. Da die Chemigraphie das Arbeitsfeld der Xylographie immer mehr beenge, sei das Aussetzen viel häufiger geworden. Die Mitgliederzahl ging von 502 auf 420 zurück. Auch die Kassenlage hat sich wegen der hohen Summen für Arbeitslosenunterstützung sehr verschlechtert. Der Verband schloß am 1. Januar 1911 einen dreijährigen Tarifvertrag ab, der die Unternehmer verpflichtet, während der Tarifdauer keine Lehrlinge einzustellen. — Der Beitrag wurde auf 60 Pfg. erhöht und das Markensystem eingeführt. Zur Frage der Doppelorganisation führte der Vertreter der Generalkommission aus, daß sich letztere und die Zentralvorstände mit dieser Frage beschäftigt haben. Die Doppelorganisation solle möglichst vermieden und die Unter-

stützung nicht aus beiden Verbänden zugleich, sondern hintereinander bezogen werden. Die Unterstützung soll bei den Gewerkschaften nicht Selbstzweck sein, sondern Mittel zum Zweck. Ferner befaßte sich die Generalversammlung mit der Gehaltsarbeit, dem Arbeitsnachweis, mit Tarifangelegenheiten, Statutenänderungen und schließlich auch mit der Verschmelzung. Hierzu faßte er mit 264 gegen 78 Stimmen bei 19 Enthaltungen folgenden Beschluß: »Die Entwicklung unseres Berufes vollzieht sich mehr und mehr dahin, daß ein großer Teil unserer Kollegen in den gemischten Betrieben mit den Mitgliedern des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufe zusammenarbeitet. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß der Anschluß an den genannten Verband in den Versammlungen und in der Zeitschrift mehr als bisher erörtert wird.« Bemerkenswert ist noch der dem Verbandsvorstande erteilte Auftrag, Schritte zur Einrichtung von Retuschkursen einzuleiten.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 20. Oktober 1912.

Friede im italienisch-türkischen Kriege. Die Friedensbedingungen »Friedensarbeit« in Tripolis im Westen Frieden im Osten Krieg. Die montenegrinische Vorhut. Die Hintermänner des Balkanbundes. Der Bankrott der Diplomatie. Das internationale Proletariat und der Krieg. Regierungsmaßnahmen zur Linderung der Not. Kritik der Kommunalpolitiker. Agrarischer Hohn.

Als vor nunmehr etwas länger als Jahresfrist die Kriegserklärung Italiens an die Türkei gleich einer Bombe die Friedensbetreibungen der Diplomaten als leeres Geschwätz in die Luft sprengte, konnte man sehr stark im Zweifel sein, ob der räuberische Überfall Italiens dazu führen werde, den neu auf die Beine gestellten türkischen Koloß über den Haufen zu rennen. Italien selbst ist das auch nicht gelungen. Was jedoch dieses trotz aller Aufbietungen, ausreichendster Unterstützung mit Millionen pfälischen Kapitals und Anwendung aller Grausamkeiten nicht vermochte, dazu haben ihm die Ereignisse der letzten Wochen und Monate auf dem Balkan geholfen. Die Türkei hat sich Italien beugen müssen, obwohl das letztere nur einen schmalen Küstenstrich türkischen Besitzes in Afrika »erobern« konnte. Zwar schien es noch im letzten Augenblicke, als ob der Friedensschlichter zu keinem Resultate führen sollte. Die Vorgänge auf dem Balkan zwangen jedoch beide Reiche, dem Kampfe um Tripolis ein Ende zu machen. Die Türkei mußte im Westen ihre Hände frei machen, um ihre Kräfte gegen den Vorstoß der Balkanstaaten im Osten zu sammeln; Italien konnte den Kampf nicht mehr weiterführen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, bei eventuellen entscheidenden Vorgängen auf dem Balkan seine sogenannten Interessen von den anderen Großmächten unbeachtet gelassen zu sehen. So wurden denn am 15. Oktober in Oudj die Friedenspräliminarien von den beiderseitigen Unterhändlern unterzeichnet.

Die Türkei erkannte die Unabhängigkeit Tripolitaniens und der Cyrenaika an und gab damit indirekt ihre Zustimmung zu dem Gesetz betr. das Souveränitätsrecht Italiens über diese Provinzen. Die Feindseligkeiten wurden eingestellt, die Truppen zurückberufen. Außerdem verpflichtete sich die Türkei, eine Proklamation zu erlassen, in der sie die Araber auffordert, von weiteren Kämpfen abzusehen. Nachdem hat Italien die im Laufe des Feldzuges besetzten Inseln an die Türkei zurückzugeben; als Ersatz für die türkischen Staatsdomänen in den »eroberten« Provinzen erhält die Türkei eine Geldentschädigung. Die religiöse Oberhoheit des Sultans über Libyen bleibt bestehen. Auf dieser Grundlage ist inzwischen am 18. Oktober der in 11 Artikeln die einzelnen Positionen näher präzisierende Friedensvertrag ebenfalls abgeschlossen und unterzeichnet worden. Für Italien bedeutet das jedoch noch lange nicht das Ende des Kampfes. Das ganze Innere Tripolitaniens ist noch zu unterwerfen.

Jetzt beginnt der mit dem schönen Namen Pacificierung dekorierte Unterjochungskrieg mit allen aus der Kolonialgeschichte nur zu bekannten Greueln. Das Blut von Tausenden von Arabern und italienischen Proletariatsöhnen muß noch in afrikanischem Sande versickern, ehe sich die Anhänger Mohameds als Untertanen des christlichen Italien fühlen werden. Millionen über Millionen müssen noch den sozialen Aufgaben des Mutterlandes entzogen werden, um nach der neuen Kolonie zu wandern und dort den Boden vorzubereiten für die Ausbeutungspolitik der italienischen Kapitalistenklasse — wenn es überhaupt je gelingt, aus den armseligen Länderstrecken Profite herauszuwirtschaften. Gelingt es nicht — nun so waren es ja das Gut und Blut des Volkes, die dazu benutzt wurden, der herrschenden Kapitalistenclique Ausbreitungs- und Ausbeutungsmöglichkeiten zu verschaffen. Sollten sich aber doch aus den unterworfenen Provinzen Überschüsse erzielen lassen, so werden sie in den Taschen Derer verschwinden, die während des ganzen Kampfes ihre einzige Aufgabe darin erblickt haben, das Kriegsfeuer zu schüren. Dem Volke, das sich geopfert hat, den ohnehin Bedrückten, bleibt höchstens das zweifelhafte Vergnügen, den durch das afrikanische Abenteuer geleerten Staatsäckel wieder zu füllen.

Während sich jedoch auf dem afrikanischen Kriegstheater der Vorhang zum Aktschluß senkt, rast die

Furie des Völkermordes nach Osten, um dort die durch die Vorgänge im Westen entfesselten Leidenschaften zu neuen Schreckensstaten aufzupeitschen. Die verwinkelten innerpolitischen Zustände der Türkei, sowie deren Inanspruchnahme in Tripolis haben den verbündeten Balkanstaaten die Gelegenheit günstig erscheinen lassen, zur Erweiterung ihrer Macht-sphäre gegen die Türkei vorzurücken. Griechenland, an dessen Neutralität man einen Augenblick glaubte, hat sich Bulgarien, Serbien und Montenegro angeschlossen und ist bereits zur Einverleibung Kretas geschritten.

Das kleine, ca. 9000 qkm Flächeninhalt umfassende und noch nicht 250000 Einwohner zählende Montenegro mußte den ersten Schlag gegen das türkische Reich führen. Die üblichen Bandenkämpfe an allen Grenzen hatten zwar schon längere Zeit vorher begonnen. Die offizielle Kriegserklärung Montenegros wurde am 8. Oktober der Pforte überreicht. Das Vordringen dieses Zwergstaates konnte keinen andern Zweck haben, als den, den Krieg auf dem Balkan noch vor dem Friedensschluß in Tripolis zu beginnen und die Mobilisierung der andern Staaten des Balkanbundes zu decken. Am 17. Oktober erfolgte denn auch der Abbruch der Beziehungen zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland einerseits und der Türkei andererseits. Wenige Stunden später verkündete der Donauer der Geschütze und das Knattern der Gewehrsalven, die Aufrollung der Balkanfrage weiter vorzudringen.

Wie dieser Kampf auslaufen wird, in dem sich die Türkei nach allen Seiten wehren muß, läßt sich heute natürlich nicht sagen. Nur das eine steht fest, daß er schwere Gefahren für den Weltfrieden in sich birgt. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die christlichen Balkanstaaten nur Werkzeuge in den Händen von Mächtigeren sind. Vor allem ist es Rußland, das sie als vorgeschobene Posten betrachtet für die Erfüllung seines stillen und lauten Sehns nach dem Bosphorus, Konstantinopel, den Dardanellen. Jede Veränderung des status auf dem Balkan zugunsten Rußlands, oder auch eines anderen Staates, ruft aber sofort Österreich auf den Plan, das von einer Ausdehnung bis nach Saloniki träumt. Aber auch Italien hat, wie schon erwähnt, Interessen auf dem Balkan. Bei einer Aufteilung der europäischen Türkei möchte es sich Albanien einverleiben. Zu welchen folgenreichen Komplikationen diese sich widerstreitenden Interessen führen können, das erhellt sofort die Vergegenwärtigung der Konstellation der europäischen Großmächte: auf der einen Seite die Tripelentente Rußland-England-Frankreich, auf der andern der Dreißbund Deutschland-Österreich-Italien.

Wohl versichern die allzeit versicherungsberedten Diplomaten, daß der Kampf lokalisiert werden soll. Auch hat Frankreich — bei dem Rußland tief in der Kreide sitzt — ein elementares Interesse, sich vor schweren wirtschaftlichen Schädigungen zu schützen, indem es den russischen Expansionsgelüsten die Zügel anzulegen sucht. Diese Beteuerungen und Versuche haben jedoch nur wenig oder gar keinen Wert, und bilden nur eine schwache Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens. Hat sich doch die vollkommene Unfähigkeit der diplomatischen Schlauberger nicht nur bei dem Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges erwiesen, von dem sie durchaus überrascht wurden; ihr Bankrott wurde noch offenbarer, als es ihnen nicht einmal gelang, die Zwergstaaten des Balkans von ihrer Raubpolitik zurückzuhalten, als sie mit ihren Vorstellungen bei den Balkanmächten erst antraten, wie die Kriegsfeuer schon gen Himmel schlugen.

Der stärkste Faktor, der heute für die Erhaltung des Weltfriedens wirkt — allerdings noch indirekt und in beschränktem Maße — ist die Masse des organisierten Proletariats. Ihrer Kraft bewußt, haben die Arbeiterparteien der von dem Balkankriege mehr oder weniger betroffenen Länder, sowie die Internationale gegen den Krieg, für den Weltfrieden manifestiert. Dem organisierten Proletariat wohnt aber ferner auch der feste Willen inne, durch andere Kundgebungen ihren Abscheu zu dokumentieren, gegen die von einigen Wenigen zugunsten der herrschenden Klasse gepflogenen Spielereien mit dem Gute und Blute ganzer Völker.

Der Ausbruch des Balkankrieges hat natürlich auch für das Wirtschaftsleben der nichtbeteiligten Länder unausbleiblich nachteilige Folgen, die sich an der Börse am ersten und stärksten bereits gezeigt haben. Für Deutschland hat er aber in dieser Beziehung noch eine besondere Bedeutung. Zur Linderung der Teuerung und der Fleischnot hat die preußische Regierung etwas »getan«, und die übrigen Bundesregierungen sind ihr im gleichen Rahmen gefolgt. Es sind vorübergehende Bestimmungen erlassen worden, die es den großen Städten, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganzer Landestelle maßgebend sind, ermöglichen sollen, mit besonderer Genehmigung Vieh und Fleisch aus dem Auslande einzuführen. Verschiedene Einfuhrverbote sind aufgehoben worden, ferner wurden die Eisenbahntarife für Futtermittel und lebendes Vieh herabgesetzt, die Ausnahmetarife für frisches Fleisch und Seefische verlängert. Unter den Ländern, die für die großen Städte als Einfuhrländer für frisches Rind- und Schweinefleisch in Betracht kommen, befinden sich auch Serbien und Bulgarien. Diese fallen natürlich unter dem Kriegszustande für die Fleischlieferung nach Deutschland

vollständig aus; sie waren aber schon nicht mehr mitzurechnen, als die preußische Regierung ihren Erlaß von sich gab. Allein dieser Umstand kennzeichnet bereits die Linderungsmaßnahmen als unzureichende Halbflehen einer eckelpreußischen Junkerregierung. Aus all den verklaustrierten Bestimmungen des Erlasses leuchtet deutlich das Bestreben der Regierung heraus, das Volk mit Halbflehen zu beruhigen ohne den dreimal geheiligten Profit der Junker zu bedrohen. Daran ändert auch die dem Bundesrat vorzuschlagende, in besonderen Fällen eintretende Ermäßigung der Einfuhrzölle auf frisches und gefrorenes Fleisch und Vieh nichts. Die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der der rentablen Einfuhr gefrorenen Fleisches im Wege steht, ist überhaupt ganz abgelehnt worden, trotz der von hervorragenden Fachleuten nachgewiesenen vollständigen Unsinnigkeit dieser Beschränkung.

Die Maßregeln der Regierung haben infolge ihrer Unzulänglichkeit auch in fast allen halbwegs einsichtigen Kreisen die ihnen gebührende Ablehnung erfahren. Der Berliner Magistrat stellte fest, daß sich mit den Regierungsmaßnahmen eine durchgreifende Wirkung nicht erzielen lasse. Der Vorstand des deutschen Städtetages unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Wermuth glaubte einen durchschlagenden Erfolg dieser Versuche bezweifeln zu müssen. Der preußische Städtetag bezeichnete die Beschlüsse des Bundesrates als unzureichend.

Und Herr Bethmann hat alle Hände voll zu tun, um den immer neu auftauchenden Kritikern entgegenzutreten. Es fällt ihm aber gar nicht ein, in dieser so überaus wichtigen, das ganze Volk betreffenden Frage den absolutistischen Mantel fallen zu lassen und dem Reichstage die Entscheidung zu übertragen. Einsam und alleine geht er seinen Weg, da ihm auch seine nahen und nächsten Freunde, die Herren Agrarier, den Krieg erklärt haben. Ja, sie verhöhnen ihn und das Volk, indem sie auf ihren Versammlungen die Frage erörtern: welche Maßnahmen sind von der deutschen Landwirtschaft zu treffen, um einer Überschwemmung des Marktes im Inlande mit ausländischem Fleisch vorzubeugen? Wenn sich des Reiches Hüter diesen Hohn gefallen läßt, so ist das seine Sache. Das deutsche Volk aber erkennt, das die Quelle dieses frechen Übermutes in dem Horst der Reaktion, dem preußischen Landtage zu suchen ist. Ihn dieser Stellung zu entkleiden wird die nächste Aufgabe der Arbeiterschaft Preußens sein. ag.

Der Organisationszwang der kapitalistischen Kartelle.

I.

Die Scharfmacher wittern Morgenluft. Nachdem in Preußen in der Person des Herrn von Bethmann-Hollweg ein auch mit den westdeutschen Industriefeudalen sich gut stehender Vertrauensmann des Osteelbirtums eifrig dabei ist, »gottgewollte« Abhängigkeiten zu stabilisieren und in Bayern die Parteiregierung der schwarzen Blockbrüder der preußischen Junker etabliert wurde, halten die Beauftragten der Industrie-, Handels- und Bankherren die Zeit für die Auferstehung der 1899 verscharrten Zuchthausvorlage für gekommen. Es vergeht kaum noch die Tagung eines Unternehmerverbandes, einer Handelskammer oder ähnlicher privatrechtlich-organisatorischer Interessensvereinigungen, wo nicht »bittere Klagen« über den »mangelnden Schutz der Arbeitswilligen« usw. erhoben wird. »Mindestens wird das Verbot des Streikpostenstehens gefordert; am erwünschtesten ist natürlich ein gesetzliches Verbot der Arbeiterkoalitionen.

Zur rechten Zeit erscheint da auf dem Deutschen Büchermarkt ein Werk, das den ungläublich hohen Grad der sozialpolitischen Heuchelei im deutschen Lande aufdeckt. Zwar, viel Neues bringt Dr. Fritz Kestner in seinem Buche: »Der Organisationszwang: Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern« (Heymanns Verlag, Berlin) nicht. Aber wie er das in zahllosen Zeitungen, Zeitschriften, Untersuchungsprotokollen, Gerichtsurteilen, Parlamentsreden und Büchern enthaltene einschlägige Material durcharbeitete, systematisch gruppierte und analysierte, macht sein Buch zu einem vortrefflichen Leitfadens insbesondere für alle Personen, die in der Vertretung des wirtschaftlich Schwachen ihre Lebensaufgabe erblicken. Wenn auch nicht alle Argumente und Schlussfolgerungen Kestners unseren sozialpolitischen Ansichten entsprechen, sein Buch bleibt doch eine wertvolle Sammlung von Rüstzeug gegen die arbeitlerfeindlichen Bestrebungen der Scharfmacherkoalition.

Auf mancherlei Art wissen die Unternehmerkartelle ihre organisationsunlustigen Berufsgenossen gefügig zu machen. Da ist zunächst das Mittel der Materialsperrung. Ist dem Organisationsunlustigen der Bezug von Rohmaterial ganz unterbunden, oder auch nur unter schlechteren Bedingungen als den Kartellgenossen möglich, dann muß er sich in den meisten Fällen dem Kartell unterwerfen oder er wird geschädigt ruiniert. Die Satzungen der Spirituszentrale, der der konservative Abgeordnete Kreth, ein Hauptstreiter über »sozialdemokratischen Terrorismus« sehr nahe steht, bestimmen, daß die kartellierten Brenner ihren Rohspiritus nur durch die Zentrale »verwerten« lassen dürfen. Die Zentrale

sorgt dann für die Abgabe von Rohspiritus nur an solche Verbraucher, die sich den Kartellbedingungen unterwerfen. Wer sich von den Brennern nicht fügen würde, hätte neben wirtschaftlicher Schädigung auch Verurteilung zu erwarten. Als es sich 1919 um die Organisation der Brenner handelte, da schrieb die »Agrar-Korrespondenz« (Nr. 8, 1919): »Der deutsche Brenner, der den Beitritt zur Gesellschaft versagt, verwirkt den Anspruch auf berufliche Achtung. Man sollte diese Herren für immer stigmatisieren. Auch wäre solch ein feiner Herr, wenn man später seinen Geldbeutel recht droh angreift, fühlbarer gestraft, als durch das so-wieso ihm gebührende Pfui!«

Dieser flagrante Verstoß gegen den § 153 der R. O. konnte geschehen, ohne daß die Behörde dagegen einschritt, während Arbeiter für ein den Arbeitswilligen »zugerufenen Pfui!« wochenlang ins Gefängnis geworfen werden.

Der Buchhändler-Börsenverein gebietet seinen Mitgliedern, an Buchhändler oder Wiederverkäufer, die sich den Kartellbestimmungen nicht unterwerfen, »garniert oder nur mit verkürztem Rabatt zu liefern«. Schon die Rabattklausel bedeutet für den wirtschaftlich schwach gestellten Sortimenter den geschäftlichen Ruin, infolge der Lieferungssperre. Der Verband deutscher Stahlflaschenfabrikanten verpflichtet seine Mitglieder, sofern sie nicht selber das zur Flaschenfabrikation benötigte Halbzeug herstellen, es ausschließlich von den Verbandswerken zu beziehen und verbietet, solches Material an Nicht-Verbandsmitglieder zu liefern. Das Syndikat der Seifenfabriken zwang die organisationsunlustigen Fabrikanten durch Sperrung des Bezugs von Rohstoffen, Öl, Talg, Soda zum Anschluß an das Syndikat. Zwischen dem Saltnessyndikat und dem Verband der Berliner Großhändler besteht ein Vertrag auf ausschließliche Salzlieferte; desgleichen zwischen dem Kartell der Gummifabriken und den Großhändlern über die Preiserhöhungen für Lieferungen an Nichtmitglieder, wenn diese überhaupt beliefert werden. Mehrfach bestehen zwischen Vereinigungen von Bauunternehmern und Baumaterialfabriken Verträge dahingehend, daß nichtorganisierten Bauwerkstätten kein Kalk, Holz, Eisen und Zement usw. geliefert wird, wohingegen sich die betreffenden Baumeisterkartelle verpflichten, nur von den organisierten Fabrikanten zu kaufen. Diesen »ausschließlichen Verbandsverkehr« haben ferner vereinbart die Verbände der sächsisch-thüringischen Färbereien mit den dito Webereten, der Barmer Fabrikanten-Verband mit der Wuppertaler Färbereivereinigung, der Verband deutscher Seidenstofffabriken mit dem der Damen- und Mädchen-Mantelfabriken, die kartellierten Drahtwalzwerke mit dem Drahtstiftsyndikat usw.

Ein anderes Mittel zur Vervollständigung der kapitalistischen Kartelle ist die Sperre der Zufuhr- und Absatzwege und dann die Sperre des Absatzes überhaupt. Durch seine Verbindung mit dem »Kohlenkontor« in Mülheim a. d. R., das sich direkt und indirekt die Kohleversehung auf dem Rhein unterstellt hat, vermochte das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat auch den größten Teil seines Verbands per Schiff zu monopolisieren. Dazu kommt noch, daß dieses Syndikat sich eine von ihm durchaus abhängige Händlerorganisation geschaffen hat. Die »Kohlenhandels-gesellschaft G. m. b. H.« in Bremen, Hannover, Magdeburg, Kassel, Dortmund, Berlin, Hamburg sind nichts weiter als Unterkartelle des Kohlsyndikats. Es bestimmt sogar, welche Händler in die Verbände aufgenommen werden dürfen, übt also einen positiven und negativen Organisationszwang aus. Bekanntlich sind gerade die Zehensyndikatsherren die lauteften Rufer nach Ausnahme-gesetzen — für Freiheit des Organisationsrechtes.

Die Unternehmerkartelle in ihrer Urproduktion, deren Organisationsbasis an sich schon am günstigsten ist, unterstützen dann noch die verwandten Kartelle in der Halbfabrikatserzeugung beim Organisationszwang. So gewährte das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat den Hüttenwerken, die sich mit dem »Kraftwerk« des Fürsten Henkel-Donnersmark um das Absatzgebiet stritten, eine Prämie von 3-4 Mark pro Tonne Roheisen, nur weil das »Kraftwerk« sich dem Rohisensyndikat nicht anschließen wollte. Der Siegerländer-Verein für den Eisensteinverkauf unterstützte das Rohisensyndikat, indem er den Werken, die sich nicht syndizieren wollten, den Preis des Eisens um 10 Mark pro Doppelzentner erhöhte.

Andererseits ist es den Mitgliedern der Kartelle in der Eisen-, Textil-, Papier-, Glas- usw. Industrie streng verboten, ihre Rohstoffe und Halbfabrikate von nichtorganisierten Werken der unteren Produktionsstufen zu kaufen. Dadurch wird diesen vielfach der Absatz gesperrt und auf sie ein Zwang zur Organisation ausgeübt. Von der Spirituszentrale sind die Brenner gebunden, mit ringförmigen Spritfabrikannten keine Geschäfte zu machen und die Reinigungsanstalten dürfen von unorganisierten Brauereien nichts beziehen. Damit die Widerwilligen bei der Stange bleiben, wird ihnen für die strikte Befolgung des »ausschließlichen Verbandsverkehrs« ein höherer Rabatt gewährt. So gewährt die Spirituszentrale bei einer Abnahme von mindestens 7500 Litern den ausschließlichen Bezielern nach Ablauf von 2 Jahren einen dem Umsatz angepaßten steigenden Rabatt, während von den nicht regelmäßigen Käufern sogar ein Aufgeld erhoben wird. Um sich die Außenseiter vom Leibe zu halten, hat

der Verein der deutschen Buchdruckereibesitzer mit dem Kartell der Schnellpressenfabrikanten und den Schriftgießereien ein Vertrag abgeschlossen, wonach neu zu errichtenden Druckereien die Maschinen nur gegen 1/2 Anzahlung vom vereinbarten Kaufpreis und mit beschränktem Kredit geliefert werden und die Schriftgießereien die Außenseiter nur unter denselben Bedingungen bedienen dürfen. Wollten Arbeiterorganisationen zureisenden unorganisierten Berufsgenossen ähnliche Erschwerungen ihrer Berufstätigkeit in den Weg legen, dann halte der ganze kapitalistische Blätterwald wieder von hochsittlicher Entrüstung über »Behinderung der Arbeitsfreiheit«. Nun es sich aber um kapitalistische Kartelle handelt — ja Bauer, das ist ganz was andres!

Mit Hilfe der Arbeitgeber!

Die christlichen Gewerkschafter regen sich sehr darüber auf, daß die freien Gewerkschafter ihnen Unsolidarität beim Bergarbeiterstreik vorwerfen und ihnen zutrauen, daß die Arbeiterschaft in Zukunft noch öfter solche Überraschungen seitens der Christen zu erwarten hat. Letztere Vermutung können wir mit weiterem Material unterstützen.

Im östlichen Sachsen sind einige Bezirke mit katholischer Bevölkerung stark durchsetzt. Hier haben die christlichen Agitatoren in diesem Jahre lebhaft ihre Tätigkeit entfaltet, besonders im Bezirk Bautzen, wo man sich die größte Mühe gibt, die Bauarbeiter für den christlichen Verband zu gewinnen. Obgleich seit dem frühen Frühjahr fast alle Sonntage christliche Versammlungen stattgefunden haben und auch einige in der Woche, so können sie nur einen sehr mageren Erfolg verzeichnen. Nach unserer Schätzung haben sie noch nicht 15 Bauarbeiter gewonnen, nach genaueren Erkundigungen sollen es 8 Bauarbeiter sein, die sich für die Christen haben einfinden lassen, in einem Bezirk, wo der Deutsche Bauarbeiterverband jetzt über 900 Mitglieder zählt.

Nun sollen die Unternehmer mithelfen. Folgendes Rundschreiben wurde an die Unternehmer und andere Sozialistenbekämpfer versandt: Vertraulich!

Bautzen, den 11. Juni 1912.
Mittwoch, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr,
Versammlung

im Hotel Weißes Roß in Bautzen.
Die Lage der christlich-nationalen Arbeiter und ihre Stellung in Werkstatt und Fabrik unter dem ständigen Druck der stark gewordenen sozialdemokratischen Bewegung ist so bedroht, daß zu ihrem Schutz weitere Kreise angerufen werden müssen. Es handelt sich bei den Vorgängen innerhalb des Arbeiterstandes, als dem stärksten im deutschen Volke, um die zukünftige Gestaltung des Volks- und Wirtschaftslebens.

Wir sind gewiß, daß auch Sie einen weiten Blick und ein warmes Herz für die Fragen haben, und bitten Sie ergebenst, in obengenannter Versammlung erscheinen zu wollen.

Tagesordnung.

1. Vortrag: Die Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung und der Schutz der christlich-nationalen Arbeiterschaft.
2. Aussprache.

Hochachtungsvoll

Pastor Berg.
R. Klemm, Hauptmann a. D.

Erschienen waren zu dieser Versammlung die beiden Unterzeichner, die christlichen Sekretäre Voigt aus Dresden, Hieber aus Bodum, Sparenberg aus Forst, Pieker aus Zittau, einige Bauunternehmer und ein Teil anderer Unternehmer, Lehrer und Geistliche, Regierungsrat Hübner aus Dresden, der nationale Landtagsabgeordnete des Kreises Richard Hartmann und einige Stadtverordnete, im ganzen zirka 50 Personen.

Der christliche Sekretär Voigt referierte über die christlichen Gewerkschaften, besonders beklagte er sich über den »Terrorismus« der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es wurde seitens der Unternehmer vorgeschlagen, daß die christlichen Gewerkschaften eine Petition an den Reichstag senden, in der sie um besseren »Schutz gegen Arbeitswillige« und den »Terrorismus der Sozialdemokraten« nachsuchen sollten. Die christlichen Führer lehnten diesen Vorschlag wohl ab, weil sie sich unter Umständen selbst eine Ohrfeige versetzen würden, da diese Petition öffentlich bekannt werden müßte. Das wichtigste, was man vereinbarte, ist: Die Unternehmer sollen den christlichen Sekretären die Adressen der Arbeiter übermitteln, die anscheinend für den christlichen Verband gewonnen werden könnten, wobei die christlichen Sekretäre noch betonten, man solle dabei ja vorsichtig sein, weil manche von den Roten in den Betrieben ihre wahre Gesinnung zu verbergen suchen.

Am Abend fand dann eine öffentliche Versammlung statt, die vom christlichen Kartellvorstand einberufen war, mit der Tagesordnung:

1. Soziale Sturmzeichen. — Ein Mahnwort an jedermann. Referent: Sekr. Voigt, Dresden.
2. Was fordert die Gegenwart? Refer.: Sekr. Schmidt, Berlin.

Zu dieser Versammlung war eine größere Zahl Unternehmer, Lehrer, Geistliche und zirka 60 Arbeiter aller Branchen, halb christliche und halb freie

Gewerkschafter erschienen. Schmidt hielt eine Sozialistenvernichtungsrede nach Reichsverbandsmanner, wobei der Terrorismus der freien Gewerkschaften wieder die Hauptrolle spielte. Was die Referenten nicht sagten, wurde den Anwesenden noch durch drei Flugschriften übermittelt, welche letztere an Verleumdungen der freien Gewerkschaften strotzen und den Streikbruch der christlichen Bergarbeiter beschönigen.

Als Genosse Richter in der Debatte eingehend Bericht von der Nachmittagskonferenz erstattete, wurden die Teilnehmer an dieser Konferenz bis an die Ohren rot, schimpften über Spitzelei und dergleichen und suchten dann den Redner totzubrühen. Als das nicht gelang, entzog man ihm das Wort. Der christliche Sekretär Schmidt aus Berlin, seines Zeichens wohl Bauarbeiter, konnte zu diesem blamablen Bericht unsere Genossen nur erwidern, daß der von Richter erstattete Bericht in der Hauptsache stimme, er bedaure nur, daß man ihn zu der Konferenz nicht geladen habe, was darauf zurückzuführen sei, daß man seine Adresse nicht gewußt hat. Er billigte aber vollständig, daß die übrigen Sekretäre daran beteiligt waren.

Nachdem er noch für ein starkes Heer, starke Flotte und eine starke Luftflotte eintrat, die indirekten Steuern billigte, kam eine Resolution zur Abstimmung, in welcher gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten Protest erhoben wurde und zum Eintreten in die christlichen und nationalen Verbände aufgefordert wurde. Man mußte schon zum Eintritt in die geübten, evangelischen und andere derartige Vereine mit aufordern, wenn die Resolution zur Annahme kommen sollte. Der Vorsitzende konstatierte zwar die Annahme der Resolution, trotzdem wir dies mit Recht anzweifeln.

In der Versammlung und Konferenz ist sehr viel besprochen worden, worauf wir hier Platzmangels wegen nicht eingehen können. Der Kern der Sache ist der, daß wir hierdurch wieder mit Material feststellen können, daß die christlichen nicht nur Hand in Hand mit der Kirche, sondern auch mit den Unternehmern gehen. Die Unternehmer sollen ihnen ihre Organisation mit aufbauen helfen. Wenn sich so wenig Unternehmer an der Konferenz beteiligten und wenn die christlichen »Gewerkschaftsführer« recht wenig Adressen erhalten werden, so liegt dies an der Unwahrheit der ganzen christlichen Bewegung, die nebenbei betont, mehr Lohn für die Arbeiter erkämpfen zu wollen, Streiks nicht ganz zu verwerfen und dann den Unternehmern zumuten, die Organisation, die ihnen unter Umständen den Krieg erklären kann, mit aufbauen helfen sollen. Wie wollen sie gegen die Unternehmer eine Lohnforderung der Arbeiter vertreten, die von den Unternehmern selbst organisiert sind, wie wollen sie den freien Gewerkschaften zumuten, zu glauben, daß auch nur in einem Falle ein Verlaß auf die christlichen Gewerkschaften ist, wenn sie mit den Unternehmern teildelmelten. Dresden. A. Friedrich.

»Korrespondenzblatt.«

Eingegangene Gelder.

Für das 2. Quartal 1912 wurden noch folgende Beiträge an die Hauptkasse eingesandt:

- Aachen 273,62, Augsburg 300,—, Bielefeld 200,—, Braunschweig 2. Rate 400,—, Bremen 300,—, Buzlau 100,—, Burgstädt 50,—, Colmar 31,87, Cöln 800,—, Cöslin 80,—, Darmstadt 3. Rate 305,35, Dortmund 2. Rate 100,—, Eilenburg 103,80, Freiburg i. B. 200,—, Halberstadt 300,—, Halle 300,—, Hanau 2. Rate 765,—, Hannover 800,—, Mechingen 181,92, Heidelberg 70,—, Herford 2. Rate 40,—, Iserlohn 2. Rate 182,60, Itzehoe 126,42, Kattowitz 2. Rate 215,13, Leipzig 6000,—, Lobberich 150,—, Lüdenscheid 100,—, Magdeburg 2. Rate 1100,—, Mannheim 1163,49, Meiningen 100,—, Mügeln 315,60, Mülhausen I. Th. 78,82, Mülhausen i. Eis. 141,47, München I 2500,—, München II 3500,—, München III 213,58, M.-Gladbach 180,—, Neu-Eisenberg 103,75, Nürnberg 1. Rate 630,45, Reichenbach 300,—, Rheydt 2. Rate 253,—, Rudolstadt 87,62, Saalfeld 2. Rate 452,48, Schramberg 2. Rate 128,49, Selb 100,—, Sprendlingen 172,93, Stettin 796,58, Stuttgart I 400,—, Stuttgart II 3. Rate 1200,—, Tilsit 40,—, Trier 250,—, Ulm 34,55, Weimar 100,—, Würzburg 100,—, Zeitz 115,13, Zittau 253,17 und Zwickau 2. Rate 372,68 Mk.

- Für das 3. Quartal gingen folgende Beiträge ein: Altona 150,—, Barmen 800,—, Bautzen 2000,71, Bietigheim 270,—, Bonn 483,13, Bramsche 100,—, Brandenburg 468,70, Braunschweig 800,—, Chemnitz 600,—, Coblenz 100,—, Coswig 100,15, Crefeld 150,—, Crammichau 400,—, Danzig 300,—, Detmold 100,—, Düren 277,70, Düsseldorf 500,—, Ebersbach 80,—, Einbeck 135,—, Elberfeld 350,—, Essen 400,—, Frankfurt a. M. II 1500,—, Freiburg i. Schl. 126,65, Geißlingen 120,—, Glauchau 100,—, Gleiwitz 276,40, Glogau 480,—, Grimma 256,62, Hanau 350,—, Harburg 158,—, Herford 100,—, Hildesheim 200,—, Hirschberg 100,—, Hof-Göhlenau 50,—, Kaiserslautern 50,—, Karlsruhe 600,—, Kattowitz 70,—, Kaufbeuren 600,—, Kempen 80,34, Kiel 100,—, Kirchhain 327,44, Lüneburg 130,—, Niedersiedlitz 500,—, Nordhausen 50,—, Offenbach 200,—, Regensburg 140,—, Rheydt 400,—, Saalfeld 1000,—, Stolberg 200,—, Stuttgart II 600,—, Tilsit 80,— und Viersen 200,— Mk.

Berlin, den 19. Oktober 1912. W. Brall.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Der christliche Gewerkschaftskongreß und die freigewerkschaftliche Tarifpolitik.

Im Leitartikel der »Gr. Pr.« Nr. 42 deuteten wir bereits an, daß auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Dresden auch weidlich gegen die freien Gewerkschaften getzelt wurde, die stark genug waren, Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen, ohne erst die Genehmigung der paar christlich organisierten Arbeiter der betreffenden Gewerbe einholen zu brauchen. Besonders wurde über die tariflichen Erfolge des Buchdruckerverbandes und unserer Organisation ein wehleidiges Gemiamere angestimmt. Wir sagten u. a. dazu:

»Die freien Gewerkschaften haben die tarifliche Regelung im Buchdruck, Chemigraphie, Kupferdruck und manchem anderen Gewerbe erwirkt. Die christlichen Gewerkschaften, die durch ihre bloße Existenz als Sonderorganisationen dieses Wirken nur erschwerten und die Erfolge beeinträchtigten, schreiben jetzt über Terrorismus, weil ihre ohnmächtigen Berufsverbände keinen Einfluß auf die von den freien Gewerkschaften erwirkten Tarife zu erlangen vermögen.«

Mit diesem Terrorismusgeschrei beschäftigt sich in seiner Nr. 121 vom 17. Oktober auch der »Korrespondent« des Buchdruckerverbandes. Er geht ausführlicher auf das christliche Geschwätz, diese »ewige Jammerei über den gewerkschaftlichen Terrorismus«, ein, und hält den gewerkschafts-christlichen kleinen Gernegroßen folgendes Rechenexempel unter die Nase:

»Wenn ein Vertreter des Gutenbergbundes oder des christlichen Zentralverbändchens für das graphische Gewerbe aufsteht und als ebenso groß angesehen zu werden wünscht wie der Verband der Deutschen Buchdrucker oder der Senefelderbund, so ist das eben eine grenzenlose Überschätzung des zwar reichlich groß geschriebenen, aber doch recht kleinen Ich. Unter hundert freigewerkschaftlich organisierten Buchdruckern wird ein Gutenbergbündler immer die beachtete oder richtigere die vielbeachtete Ausnahme sein. Wenn nun Vertreter dieser »Organisation« auf dem Kongreß mit viel Lungenaufwand forderten, daß ihre 1 gleich 99 sein soll, so ist das eine Methode des Rechnens, die weder nach Adam Riese noch nach der Mathematik der christlichen Gewerkschaften richtig ist, wie ihr Verhalten überall dort beweist, wo sie zufällig oder aus religiösen und anderen Gründen 99 und die Freigewerkschaftler 1 sind.«

Dieses eigene Verhalten hindert die Gewerkschafts-christen aber keineswegs, zu verlangen, daß man ihren ohnmächtigen Quertreiberorganisationen bei Tarifverhandlungen und Vereinbarungen und in den gewerblichen Schieds- und Einigungsämtern ein Mitbestimmungsrecht einräumen müsse, das im umgekehrten Verhältnis zu ihrer »Größe« und »Bedeutung« stehen würde. Von dieser an Größenwahn grenzenden Anmaßung ließ sich der Dresdener Kongreß der Gewerkschafts-christen leiten, als er folgendes beschloß:

»Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands betrachtet das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen als eine Einrichtung, die berufen ist, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entstehenden Differenzen in einem gerechten und billigen Ausgleich friedlich beizulegen. Dieses Ziel kann jedoch nur dann in möglichst weitem Umfange erreicht werden, wenn einmal das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen in allen Gewerben und Industrien — besonders auch in der Großindustrie — Eingang findet und wenn es ferner in der bestmöglichen Weise gehandhabt

und nach ständiger Vervollkommnung gestrebt wird. Letzteres wird um so notwendiger, weil das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen gerade in der Zukunft berufen sein wird, über wichtige Lebensfragen der Arbeiterschaft und von Gewerbe und Industrie sowie über gewaltige nationale Werte zu entscheiden. Aus diesem Grunde erachtet es der Kongreß insbesondere als eine Selbstverständlichkeit, daß in den gewerblichen Schieds- und Einigungsämtern alle in Betracht kommenden Gewerkschaftsrichtungen vertreten sein müssen. Er erhebt deshalb gegen die einseitige Besetzung der Schieds- und Einigungsämter für das Buchdruck-, Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe mit sozialdemokratisch organisierten Arbeiterbesitzern und gegen das Bestreben, diese verwerfliche Praxis auch auf andere Gewerbe zu übertragen, den schärfsten Protest. Die auf dem Kongreß vertretenen Organisationen verpflichten sich, in Zukunft alles anzubieten, um eine Monopolstellung der sozialdemokratischen Verbände im gewerblichen Schieds- und Einigungswesen zu verhindern und den christlichen Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern.«

Es gehört schon eine tüchtige Portion Dreistigkeit dazu, grade unter Hinweis auf die Verhältnisse im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe für das knappe halbe Dutzend christlich organisierter Chemigraphen und Kupferdrucker (wenn soviel überhaupt noch zusammenkommen sollten!) ungefähr denselben Einfluß im Schieds- und Einigungswesen zu verlangen, wie ihn die nach mehreren Tausenden zählenden freigewerkschaftlich organisierten Berufsangehörigen haben. Denn darauf läuft doch letzten Endes die anmaßende Forderung des christlichen Kongresses hinaus. Und ähnlich liegen die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe, wo der freie Verband mehr als 93 Proz. aller Gehilfen umfaßt.

Angesichts dieser Stärkeverhältnisse und dieser nicht aus der Welt zu leugnenden Tatsachen muß es wirklich Wunder nehmen, daß sich ein Mann wie der Freiherr v. Berlepsch dafür gewinnen ließ, gegen die angebliche Monopolstellung der freien Gewerkschaften im Schieds- und Einigungswesen vom Leder zu ziehen, natürlich unter dem Beifall des Kongresses, und gemeinsam mit dem christlichen Gewerkschafter Kurtzschoid Köln die zitierte Resolution vorzuschlagen, die selbstverständlich »einstimmige Annahme« fand. Zutreffend bemerkt der »Korrespondent« zu dieser Wirksamkeit des Freiherrn v. Berlepsch:

»Gut, nehmen wir einmal an, daß die kleine 1 — um im Bilde zu bleiben — neben der großen 99 sitzen soll, dann ist das hinsichtlich des Gutenbergbundes in Anbetracht seiner notorischen Unanständigkeit und seines provokatorischen Verhaltens gegenüber unsrer Organisation immer noch eine große Frage für sich. Im Chemigraphen- oder im Kupferdruckgewerbe neben den gutorganisierten und gewerkschaftlich festvereinigte Arbeiter auch die paar Krebse mit in das Schiedswesen hinüberzunehmen, die da im graphischen Verbändchen oder sonstwo herumspuken, das ist mehr verlangt, als selbst ein guter Magen vertragen kann.«

Diese Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf. Wir können darauf verzichten, ihnen noch etwas hinzuzusetzen.

In unserem Artikel über den christlichen Gewerkschaftskongreß erwähnten wir auch, daß in Holland der nach dem Muster der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gegründete interkonfessionelle Textilarbeiterverband »Unitas« den Katholiken durch eine bischöfliche Verordnung verboten worden sei. Jetzt haben die diesem Verbot gemäß ausgetretenen Mitglieder ein Bittgesuch an die Bischöfe von Utrecht und Hertogenbusch gerichtet und um Aufhebung des Verbots gebeten. Sie betonen darin, daß doch auch den Bischöfen das christliche Ehrgefühl der Arbeiter eine Garantie

dafür sein müsse, daß die christlichen Arbeiter in ihrer Berufsorganisation nichts unternehmen würden, was Gefahren für die Religion und Sitten heraufbeschwören könnte. Weiter wirkt dann besonders, daß die ehemaligen Mitglieder auch ernsthaft die Frage erörtern, ob durch die interkonfessionellen Gewerkschaften die Mischehen gefördert werden. Sie haben darüber »ernste Untersuchungen« (sic!) angestellt und sie freuen sich, konstatieren zu können, daß das Bestehen und die Wirksamkeit der »Unitas« keine einzige Mischehe zustande gebracht habe. Hoffentlich lassen sich nun die Bischöfe erweichen, nachdem sie davon überführt wurden, was für brave Kerle doch diese sogenannten »Gewerkschafter« sind.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Wezel & Naumann-Leipzig.

Nach Abschluß der Verhandlungen am 27. Januar d. J. gab der Vorsitzende des Schutzverbandes der Hoffnung Ausdruck, »daß nach diesem Kampfe, der so außerordentlich lang, stark und heftig war, eine Zeit des Friedens für das Gewerbe anbrechen möge«. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt! Weder die Zentrale und noch viel weniger eine ganze Reihe Mitglieder des Schutzverbandes haben sich an diese gewiß sehr schönen Worte gehalten. Für das Verhalten der Zentrale des Schutzverbandes genügt ein Beispiel: Der Vorsitzende des Schutzverbandes erklärte gleichfalls am 27. Januar auf die Frage nach dem Geltungsbereich der Vereinbarungen wörtlich, »die nunmehr von beiden Teilen anerkannten Vereinbarungen gelten für alle Schutzverbandsmitglieder, für alle Leipziger Nichtschutzverbandsfirmen und für alle in diesen Betrieben beschäftigten Gehilfen«. Sowohl die Zeitung als auch der Syndikus des Schutzverbandes stellten sich später auf den Standpunkt, die Vereinbarung hätte nur für Mitglieder unseres Verbandes Gültigkeit. Der Herr Syndikus ging in einer Verhandlung am 21. Juni sogar so weit, zu sagen, die Formulierung der Vereinbarungen sei nicht ohne Absicht so erfolgt wie geschehen. — Worte und Taten! — Wenn aber so etwas am grünen Holz geschieht, was soll dann am Dürren werden? Und so brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Mitglieder des Schutzverbandes ihrer Zentrale nach-eifern.

Ein solches Mitglied ist die A.-G. Wezel & Nauman. Schon bei den Verhandlungen am 25. Januar spielte die Firma mit ihrem Zeitzer Betrieb eine Rolle. Es mußte dort zur Sprache gebracht werden, daß eine Steduhr für die Benutzung des Closets angebracht war, die, wie wir heute hinzufügen können, sogar von einer Frau bedient wurde, d. h. die Frau mußte steden. Auf dieses Faktum reagierte der Vorsitzende des Schutzverbandes am 26. Januar und bezielnete derartige Maßnahmen als groben Unfug und verächtliche Einrichtungen. Da die Firma sich jetzt wieder mit der Absicht trägt, solche Uhren aufzustellen, empfiehlt sich die gleiche Übung; es könnte dafür ein altes Weib angestellt werden.

Unmittelbar nach dem »Friedensschluß« zeigte die Firma, welche Wege sie zu gehen gedenkt. Am 2. und 9. Februar erschienen jeweils gleich drei NV-Inserate im Druckeranzeiger, obwohl 33 Streikende noch nicht eingestellt waren. Auf erhobenen Einspruch schrieb der Schutzverband am 12. Februar, daß die Firma übersehen habe, die Inserate rechtzeitig zurückzuziehen. Am 10. März erschien in den »Lpz. N. N.« abermals ein Inserat, über das der Herr Direktor am 14. März mitteilte, daß es versehentlich veröffentlicht wurde. Das sind doch ganz merkwürdige Gewohnheiten des Inseratendiebs der Firma, der immer übersieht und versieht. Zu gleicher Zeit macht die Firma auch auf Kollegeninserate im Druckeranzeiger Offerte, woran sich ermesen läßt, was es mit dem Versehen auf sich hat. Es wurden aber auch vereinbarungswidrige Einstellungen vorgenommen. Mit dem Schutzverband und der Firma wurde darüber verhandelt und geschrieben und immer kam das Gegenteil von dem heraus, was wir behauptet hatten. Als aber ein Kollege, der vereinbarungswidrig von der Einstellung ausgeschlossen wurde, auf Grund der Vorgänge und der Vereinbarung den Klageweg beschritt, und die Schwurfinger gehoben werden mußten, zog die Firma vor, auf den erstrebten Vergleich einzugehen und den Lohn für die übliche Kündigungsfrist zu zahlen.

Dieses äußere Verhalten läßt auf die Zustände im Betriebe schließen. Wie es da zugeht, zeigt folgender Ukas vom 26. März d. J.:

»Bekanntmachung!

In letzter Zeit sind dem Geschäfte erhebliche Verluste entstanden, welche die betreffenden Ge-

helfen durch unbrauchbare Arbeiten verschuldeten; sie hatten Ursache in Nachlässigkeit und grober Fahrlässigkeit.

Wir appellieren an das Pflichtgefühl der Gehilfen und Arbeiter und ermahnen sie, in ihren Arbeiten größte Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu üben.

Wer diese Mahnung unbeachtet läßt, hat bestimmt zu gewärtigen, daß wir für jeden Schaden, den er uns zufügt, nach gesetzlichen Bestimmungen haftbar machen.

Und das alles, obgleich allein in dem lithographischen Teil des Betriebes 7 (sieben) Ober zur Beaufsichtigung der Arbeiten vorhanden sind und auch der Direktor ab und zu auf der Bildfläche erscheint. Das von einem soich umfangreichen Generalstab viel ange-, ver- und zerordnet wird, ist ganz natürlich und mancher Kollege weiß nicht, ob er gehalten oder gestodten ist. So ist es vorgekommen, daß der »Ober« sagt: »Ich habe Sie empfohlen, damit Sie Zulage erhalten«, während der Direktor sagt: Hm, hm, der Herr Ober glaubt, eine Zulage für Sie nicht befürworten zu können. Nun soll jemand überhaupt noch etwas glauben.

Damit sind wir nun bei den Lohnverhältnissen angelangt. Die Firma ist in Kollegenkreisen dafür bekannt, daß angemessene Löhne ihre schwache Seite sind. Und der Durchschnittslohn beträgt denn auch nach unserer im Juli aufgenommenen Statistik nur 26,82 Mark für die Lithographen. Da hätte der Schutzverband, der angeblich rückständige Verhältnisse nicht schützen will, noch ein Tätigkeitsgebiet. Bei solchen Lohnverhältnissen wird aber in dem obengenannten Ukas noch von Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit geredet. Dazu gesellt sich noch eine Behandlungsweise, die das Arbeitsverhältnis keineswegs angenehmer macht. Der Wechsel ist deshalb ganz beträchtlich; nicht dadurch, daß besonders viel Kollegen gekündigt wurden, sondern die meisten ziehen vor, selbst zu gehen. Dieses Gehen hat sogar schon die »nützlichen Elemente« ergriffen.

Damit sind aber die Leiden der Arbeiter noch nicht erschöpft. Im vergangenen Jahre wurden auf Verlangen der Firma die Pausen abgeschafft und den Lithographen zugesichert, daß nebenbei etwas gegessen werden könnte. Als Ende August sich Anzeichen bemerkbar machten, auch dieses wieder zu verbieten, wurde in einer Verhandlung mit dem Direktor Verständigung dahin erzielt, daß der bisherige Zustand erhalten bleibt. Kürzlich wurde nun ein Kollege betroffen, der ein paar Bissen kaute. In einer höhnepfeindlichen Auseinandersetzung stellte der Herr Direktor die Behauptung auf, von der mit ihm gepflogenen Verhandlung sei unwar berichtet worden. Darüber zur Rede gestellt, hält die Firma diese Dinge für private Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Direktor und dem Unterzeichneten und in einem weiteren Briefe wird alles auf das umfangreiche Gebiet der unrichtigen Voraussetzungen geschoben.

Wir geben der Kollegenschaft nicht gern diese Ausführungen. Es mußte aber geschehen, weil unsere Mitglieder ein Recht darauf haben, zu wissen, wie es in manchem Betriebe aussieht.

F. Herbst.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

Die Prämienarbeit.

Ungezählt sind die Mittel, die das Unternehmertum anwendet, um in den Besitz einer größeren Menge unbezahlter Arbeit zu gelangen. Die alten ganzen Systeme, die die direkte Aneignung von Mehrarbeit in die Wege leiteten, sind schon seit langem in die Rumpelkammer verwiesen worden. Sie zeigten den kapitalistischen Hunger nach Mehrwert gar zu offen und konnten infolgedessen nur bei einer ihre Interessen noch nicht klar erkennen- den Arbeiterschaft angewendet werden. Ganz selten noch versucht ein Unternehmer unbezahlte Arbeit zu gewinnen durch Verlängerung der Arbeitszeit. Jedoch nur dem Zwange gehorchend, nicht dem eigenen Triebe nachgebend hat man auf dieses System verzichtet. Es waren gar zu gewaltige Faktoren, die gebieterisch dessen Beseitigung forderten. Zunächst die riesenhaft anwachsenden wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, ferner die öffentliche Meinung und sogar die Regierungen haben dem Drange nach Verlängerung der Arbeitszeit einen, wenn auch leider noch kleinen, Riegel vorgeschoben.

Das Kapital jedoch drängt nach Verwertung und zwar in möglichst schnell steigendem Maßstabe. Ist die Länge des Arbeitstages gegeben und damit die Gewinnung von absolutem Mehrwert unter- bunden, so wird der Unternehmer mit umso größerer Sicherheit den Weg des relativen Mehrwerts beschreiten, d. h. einen größeren Anteil am gegebenen Arbeitstag zu erringen versuchen. Dieser Weg ist zwar oftmals mit einigen technischen Schwierig- keiten verknüpft, zugleich auch etwas kostspieliger, für die Arbeiter jedoch erscheint er umso schmerz- loser. Sie werden Antriebereien, Straten und son- stige Mittel zur Verdichtung des Arbeitsprozesses viel leichter ertragen, als eine Verlängerung der

Arbeitszeit. Mit der Verdichtung des Arbeitspro- zesses, mit der Entwicklung der Produktivität, er- füllt der Kapitalismus zugleich die eine große Auf- gabe, die ihm die Geschichte zugewiesen hat. Das Kapital wird also den Weg zur Gewinnung des relativen Mehrwerts mit großer Befriedigung be- schreiten. Ist doch die Geschichte des relativen Mehrwerts nichts anderes, als die Merktafel der sich ständig steigenden Produktivität der mensch- lichen Arbeit.

Wir betonten bereits früher, daß das stärkste Mittel zur Gewinnung des relativen Mehrwerts die Verbesserung der Technik sei. Eine neue Maschine erspart unter Umständen einen großen Teil mensch- licher Arbeitskraft. Diese Ersparung von Arbeits- kraft wiegt die bedeutenden Anschaffungskosten vielfach auf. Neue Maschinen können jedoch nicht immerwährend angeschafft werden. Dagegen spre- chen finanzielle Bedenken, sowie auch die unvoll- ständige Abnutzung des in der Maschine investierten Kapitals. Es wird darum versucht, das hier fest- liegende Kapital recht schnell und vor allem recht hoch zu verwerten. Dies geschieht durch möglichst immerwährende Anwendung der Maschine. Nicht immer ist das möglich, vor allem dann, wenn nur ein kleiner Teilprozeß von ihr erledigt wird. Anders jedoch bei den meisten Maschinen unseres Berufs. Sie sind mit kurzen Unterbrechungen fast den ganzen Arbeitstag im Gange zu halten. Bei den Steindrucksdrehpressen kommen nur die Zeiten des Einrichtens sowie kleinerer Pausen zwecks technischer Vorrichtungen in Frage. Um die tech- nisch notwendigen Pausen so weit als möglich zu reduzieren, stellt der Unternehmer die schon so oft behandelten »Ober« der verschiedensten Grade an. Sie haben darauf zu achten, daß die Maschine die gesamte technisch mögliche Zeit im Gange bleibt. Sie müssen für Pünktlichkeit des Anfangens und Aufhörens Sorge tragen, sowie also die Ausnutzung der Maschine zur größtmöglichen Steigerung bringen. Oftmals genügen dem Unternehmer die vereinbarten Arbeitsstunden bei weitem nicht. Er will sein Kapi- tal bedeutend schneller abgenutzt sehen und ver- langt darum die Leistung von Überstunden. Je mehr, um so lieber! Er zahlt, wenn sich sein Arbeiter bereit erklärt, großmütig die vorgesehene Erhöhung für die Überstunden. Der Arbeiter trägt einen finanziellen Gewinn davon, der vielleicht mehr- fach durch Erschütterung seiner Gesundheit aufge- wogen wird. Der Unternehmer aber erhöht seinen Mehrwert sehr beträchtlich. Die wenigen Pfennige Lohnzuschlag tangieren ihn nicht, denn sie werden mehrfach aufgewogen durch Erhöhung des Gewinns. Sein Kapital nutzt sich schneller ab und schlägt infolgedessen in viel kürzerer Zeit um. Der Unter- nehmer bucht so nicht nur den Vorteil eines höheren Tagesprofits, sondern er wird zu gleicher Zeit noch in die angenehme Lage versetzt, sein Kapital viel schneller, also praktischer zu verwerten. Dies gilt natürlich nicht nur für Maschinenmeister, sondern für Arbeiter jeder Branche und jeden Berufs. In dieser Form lebt die Gewinnung des absoluten Mehrwertes wieder auf.

Weitere Mittel, die Gewinnung des relativen Mehrwerts zu erhöhen, sind zunächst die größt- mögliche Beschleunigung des Ganges der Maschinen. Es wird darauf geachtet, daß die Maschinen ihre größte Schnelligkeit entwickeln, um auch so eine schnelle und hohe Abnutzung und Verwertung zu erreichen. Auch in dieser Beziehung haben wieder die diversen Ober ihre Pflichten zu erfüllen. Ein viel günstiger wirkendes System ist jedoch die Be- zahlung von Prämien. Die Antriebereien eines vielleicht recht mißliebigen Vorgesetzten bewirken nur gar zu oft das Gegenteil. Demgegenüber bieten die Prämien einen vielleicht recht beträchtlichen finan- ziellen Vorteil. Sie appellieren an die egoistischen Instinkte des Menschen. Leider haben sie fast immer die recht unangenehmen Wirkungen, die auch die Akkordarbeit mit sich bringt. Belde zu zu dem gleichen Zwecke, den Mehrwert zu erhöhen angewandt, erzeugen die gleichen verderblichen Folgen. Prämien- und Akkordarbeit steigern die Leistungen jedes Einzelnen auf das Höchste. Sie demonstrieren dem Unternehmer die Leistungs- fähigkeit auf das Vortrefflichste. Er reicht dem Arbeiter das Zuckerbrot eines höheren Verdienstes, um jedoch sofort zu versuchen, die gesteigerte Leistungskraft für billigeres Geld zu erhalten. Darunter müssen natürlich auch alle an diesen Me- thoden nicht mit beteiligten Arbeiter leiden. Von ihnen allen wird nunmehr die höhere Leistung ge- fordert. Zum Danke für sein vorzügliches Mittel, alle anderen anzutreiben, wird dem Demonstranten nicht selten ein vorübergehend hoher Verdienst gekürzt.

Die Prämienarbeit ist in unserem Berufe mit wenigen Ausnahmen nur bei den Maschinenmeistern zu finden. Auch in dieser Sparte kommt sie er- freulicherweise nicht mehr gar zu oft vor. Nach der Statistik aus dem Jahre 1908 sind es ins- gesamt 24 Firmen, die Prämien zahlen. 2 Firmen werden gemeldet, die lediglich an das weibliche Maschinenpersonal Prämien zahlen. Es ist wohl anzunehmen, daß in einigen Firmen neuerdings, durch Drängen des Verbandes, die Prämien abge- schafft wurden, sodaß nunmehr die Prämien eine reguläre Erhöhung des Lohnes darstellen. Auffällig ist, daß vor allem Berlin so stark an der Prämien- arbeit beteiligt ist. Von den genannten 24 Firmen sind nicht weniger als 11 in der Metropole zu finden.

Die Prämienarbeit ist durchaus nicht einheitlich. Fast jede der 24 Firmen wendet ein anderes System an. Die Verteilung der Prämien ist so verschiede- nartig gestaltet, daß es kaum möglich ist, statistische Vergleiche anzustellen. Wir haben zunächst ver- sucht, eine Aufstellung zu machen, aus der hervor- geht, wie die Prämienarbeit über Deutschland ver- breitet ist und welcher Art die gezahlten Prämien sind. Sodann bringen wir noch eine kleine Zu- sammenstellung über die Höhe der Prämien, so- wie über die geforderte Druckbogenzahl pro Tag.

Landeseil und Stadt	Prämien werden gezahlt					
	als Überranden für je 1000 Nr. Leistung	wenn getretere Tagesleistung erfüllt ist	wenn getretere Wochenleistung erfüllt ist	für jedes 1000 dh bestimmter Be- trag	bei einem Grundlohn für je 1000 ein be- stimmter Betrag	als Anteil am Jahresgewinn
Berlin	4	3	2	1	1	—
Provinz Brandenburg (Rixdorf, Ludenwälsbe)	1	—	—	—	—	1
Prov. Hessen-Nassau (Frankfurt, Hanau)	—	2	—	—	—	—
Rheinprov. (Stollberg)	—	1	—	—	—	—
Prov. Sachsen (Halle)	—	—	—	—	1	—
Prov. Schlesien (Hieber- salzbrunn)	—	—	—	1	—	—
Bremen (Offenbad, Mainz)	—	1	—	—	—	—
Sachsen (Dresden, Mü- geln, Meissen)	—	2	—	1	—	—
Insgesamt:	5	10	2	4	2	1

Sechs Rubriken machten sich nötig, um die ein- zelnen Arten nach Möglichkeit zu isolieren. Dabei machte sich noch immer mancher Zwang notwendig. Den stärksten Anteil an der Gesamtziffer hat jene Spalte, in der die Prämien zum Ausdruck kommen, die gezahlt werden, wenn die jeweilig geforderte Tagesmindestleistung bewältigt wurde. Die nächst- große Zahl liefern diejenigen Firmen, die für je über das Minimum hinausgeleistete 1000 Bogen eine oder mehrere Überstunden zahlen. Vier Firmen zahlen für jedes gedruckte Tausend je 10, 15 und 40 Pfennige Prämie. Zwei weitere Firmen zahlen eine Prämie erst nach vollgeleisteter Wochenbo- genzahl. Die eine Firma gewährt 2—3 Mk., während die andere nur 1,50—2,50 Mk. Prämie zahlt. Außer- dem zahlen diese beiden Firmen für je 1000 über das Minimum geleistete Bogen 1,50—2,50 Mk. extra. Von den in Spalte 5 verzeichneten Firmen zahlt die eine bei einem Grundlohn von 25 Mk. für je 1000 Bogen 50 Pfennige extra. Als Kuriosum wird in der letzten Rubrik berichtet, daß ein Drucker in Luckenwalde als Prämie einen Anteil von 25 Proz. vom »Jahresreingewinn« bekommt. Dieser Fall erscheint reichlich unklar und ist infolgedessen mit Vorsicht aufzunehmen. Vielleicht ist dieser Kollege in der glücklichen Lage, selbst Teilhaber am Ge- schäft zu sein.

Wir haben bereits einige Angaben über die Höhe der einzelnen Prämien gemacht. Die ge- nannten Zahlen sind jedoch infolge ihres kleinen Umfangs und ihrer Differenzierung wenig mit- einander vergleichbar. Ein umfassenderes Bild er- geben die Ziffern der Rubrik 2, in die 10 Firmen eingereiht werden konnten. Eine Firma scheidet jedoch aus, indem sie eine prozentuale Prämien- zahlung leistet. Die Prämien der 9 anderen Firmen, die entweder nach gelieferter Tagesmindestzahl oder auf jedes das tägliche Minimum überschreitende Tausend gezahlt werden, bewegen sich in folgender Höhe: 3 Firmen je 1 Mark, 1 Firma 1,50 Mark, 1 Firma 2 Mk., 1 Firma 2—4 Mk., 1 Firma 2,50 bis 2,75 Mark und 1 Firma 4 Mark. Von einer weiteren Firma liegen Angaben über die Höhe der gezahlten Prämien nicht vor. Wir ersehen aus diesen relativ wenigen Angaben, daß nicht nur die Art der Zahlung, sondern auch deren Höhe recht unterschiedlich ist. Wir sehen aber auch, wie die Unternehmer, jeder nach seiner Art, versuchen, die größtmögliche Arbeitsleistung herauszupressen.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß jene Firmen, die überhaupt Prämien zahlen, schon an sich hohe Leistungen fordern. Sind doch die Prä- mien nur der Ansporn, die Produktivität noch weiter zu steigern. Es liegen von insgesamt 17 dieser Firmen Angaben über die geforderten Min- destleistungen vor. Sie bewegen sich zum weitaus größten Teile weit über den Durchschnittssatz von 3480 Bogen hinaus. Es verlangen: 1 Firma 2000, 3 Firmen je 3000, 7 Firmen je 3600 und 6 je 4000 Druck. Eine Tagesdruckzahl von 4000 Bogen ist gewiß eine recht respektable Leistung. Was ge- hören nicht für Anstrengungen dazu, über diese Forderungen hinaus noch Prämien zu erarbeiten. Daß damit die Berufskrankheiten nicht eingedämmt werden können, ist ohne weiteres klar. Der Haupt- anteil an diesen hohen Leistungen hat natürlich, wie an der Prämienarbeit überhaupt, Berlin. Dort werden in 4 Druckerleien je 3600 und in weiteren 4 Anstalten 4000 Bogen verlangt. Nürnberg sowie ganz Bayern, das sonst die höchsten Leistungen aufzuweisen hat, ist an der Prämienarbeit über- haupt nicht beteiligt.

Wenn auch die Anzahl derjenigen Firmen, die Prämien zahlen, verhältnismäßig gering ist, so ge- winnen sie immerhin Bedeutung, sobald man ihre Maschinenzahl in Betracht zieht. Es sind durchaus nicht die kleinsten Firmen, die Prämienysteme eingeführt haben. In Berlin sind nicht weniger als 117 Maschinen an der Prämienarbeit beteiligt. Da

sie sich auf 12 Firmen verteilen, kommen auf jedes Geschäft durchschnittlich 10 Maschinen. Leider liegen uns aus den anderen Städten keine Angaben über diese Frage vor, sodaß Vergleiche unmöglich sind.

Betrachten wir die Prämienfrage im allgemeinen, so beleuchtet nichts klarer das eigentliche Wesen dieses Antriebmittels, als die weitgehende Verschiedenheit in der Art und Zahlung der Prämien. Sie beweist, wie die Unternehmer versuchen, auf jede mögliche Weise größere Leistungen zu erzielen, und somit ihren relativen Mehrwert zu erhöhen. Sie wollen den Arbeiter von jeder Seite packen, um immer mehr aus ihm herauszuholen. Jeder Unternehmer hat seine eigene Methode und glaubt zugleich, die richtige zu haben. Möge darum jeder einzelne Kollege sein Teil dazu beitragen, den Unternehmern alle die so spitzfindigen Methoden zu noch größerer Ausbeutung aus den Händen zu schlagen, selbst wenn der eine oder andere einmal einige Mark Einbuße erleiden sollte. Mögen doch die sonst so hartnäckigen Unternehmer den Lohn im allgemeinen erhöhen, wenn sie schon den Arbeitern einige Mark mehr Verdienst zu kommen lassen wollen!

H. S.

Aus den Sektionen.

Jena. Um den Kollegen einmal zu zeigen, wie es in der Firma Karl Wesser zugeht, möchte ich folgendes mitteilen. Daß Herr Wesser ein großer Feind der Sozialdemokratie und des Verbandes ist, braucht kein Kollege zu bezweifeln, denn bei jeder Gelegenheit bedenkt er diese mit seiner Liebenswürdigkeit. Aber auch die Behandlungsweise, zwingt die Kollegen, seinem Kunststempel Valet zu sagen. Jeden Kollegen, der sich gegen diese Behandlung zur Wehr setzt, bedenkt er mit Ausdrücken wie Frechheit, Unverschämtheit, halten Sie ihr Maul, das lernen Sie wohl in Ihrer Jugendorganisation usw. Dieser Prinzipal, der sich auf sein humanes Wesen soviel einbildet, hat sich nicht geniert, einen 31jährigen Kollegen, der neun Jahre bei ihm beschäftigt ist, nach einer Auseinandersetzung mit seinem achtzehnjährigen Sohne, welcher sich schon jetzt als Herr und Gebieter fühlt, mit Lausejunge zu titulieren. Überhaupt gebraucht er Ausdrücke, die nicht gut in der Zeitung wiedergegeben werden können. Trotzdem er von früh morgens bis spät abends dasitz und strenge Kontrolle übt, werden die Kollegen als Faulenzer hingestellt. Tatsache ist aber, daß gerade in dieser Firma am meisten verlangt und auch gearbeitet wird. Aber auch in anderer Hinsicht herrschen Zustände, die nicht mehr schön sind. Wird doch in der Firma ein 10jähriger Junge als Stein schleifer benutzt. Wie dieser die Steine schleift, können sich die Kollegen denken. Und dann will sich noch Herr Wesser aufregen, wenn ein Kollege von solch einem Steine, wo bloß die Farbe weggewischt ist, nichts sauberes liefern kann, dann ist es ganz einfach die Unkenntnis des Kollegen. Hoffentlich macht der Gewerbeinspektor Herrn Wesser auf das Unstatthafte seines Benehmens aufmerksam. Jedenfalls wird mancher Kollege, der diese Zeilen liest, danach trachten, in Jena in der Firma Karl Wesser Lebensstellung zu erhalten.

Leipzig. In Nr. 41 der »Gr. Pr.« wurde in dem Artikel »Konflikte« ausgeführt, daß zu den Annehmlichkeiten, deren sich das Personal der Firma *Wessel & Naumann A. G.* erfreut, noch die Kontrolluhr fehlt. Schneller als gedacht ist auch diese eingetroffen und zwar gleich in zwei Exemplaren. Ob davon eine für das Klostet bestimmt ist, wie s. Z. in Zeit? Voraussichtlich wird die Arbeitsfreudigkeit des Personals dadurch noch besonders gehoben.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Retoucheanstalten — Privatretoucheure.

Der böse Schatten des Retoucheurgewerbes ist wohl von jeher die Privatretouche. Von allem Anfang an haben deshalb die Retoucheure — da ihnen die Gefahren dieser Heimschusterei aus der Lithographie hinlänglich bekannt waren — ihre Aufmerksamkeit diesem Krebschaden gewidmet, ohne jedoch verhindern zu können, daß die Privatretoucheanstalten wie Pilze aus der Erde schossen und heute schon ganz gefährliche Schmutzkonzurrenz treiben.

Bis dato war unsere Stellungnahme durch den Tarif gegeben. Der betreffende Passus lautet: »Es ist dem Tarifgedanken widersprechend, wenn Retouchearbeiten an solche Anstalten gegeben werden, die das Gewerbe schädigen.«

Dieser Satz, so schön er auch klingt, verpflichtet im Grunde genommen zu gar nichts. Es ist einer von den Sätzen, die nur deswegen Annahme fanden, weil beide Teile ihn nach ihrem Interesse auslegen konnten. Wer schädigt denn das Gewerbe? Der

Unternehmer versteht unter Gewerbe immer nur seinen Profit und deshalb wird er immer zu dem Schluß kommen, je billiger ein Privatretoucheur liefert, desto besser ist es für — das Gewerbe. Dieser fromme Wunsch hat deshalb auch vollständig versagt. Heute kümmert sich kein Teufel mehr darum. Die Privatretoucheure haben flori zu tun, schöpfen den Rahm ab und bringen den Beruf auf den Hund.

Es sind ja nun in einzelnen Städten weitere Maßnahmen gegen dieses Unkraut getroffen worden, z. B. Verweigerung von Korrekturen an Retouchen die außer dem Hause angefertigt sind; Ausschliefung derjenigen aus dem Verbands, die in Privatretouchieren oder in Retoucheanstalten Stellung annehmen usw. Es muß aber doch jeder zugeben, daß dies nur Palliativmittel sind, die wohl das Wachstum etwas erschweren, aber nicht verhindern.

Da nun die Zeit der Tarifberatung näher rückt, ist es wohl angebracht, dieser Frage etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen und zu untersuchen, ob wir auf dem richtigen Wege sind und welche Mittel uns im Kampfe gegen diesen Krebschaden zur Verfügung stehen.

Um nun zu keinen falschen Schlüssen zu kommen, ist es notwendig, kurz zu untersuchen, welche Entwicklung unser Beruf genommen hat.

Der jetzige Passus im Tarif ist wohl der Auffassung entsprungen, daß die Retouche immer eine Abteilung der chemigraphischen Anstalt sei und sein müsse, und daß die einzelnen Ansätze von Privatretouchen nur Schädlinge seien, die das Gewerbe schädigen und deshalb bekämpft werden müßten.

Nun, die Entwicklung hat uns eines anderen belehrt. Die wirtschaftliche Notwendigkeit ist eben stärker als papierne Gesetze. Es wurde ja schon von vornherein als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichnet, die Privatretouche ganz zu unterbinden. Denn es gab ein so großes Teil kleinere Anstalten, die wohl hier und da Retouchen auszuführen hatten, aber einen Retoucheur nicht voll beschäftigen konnten. Für diese Anstalten war der Privatretoucheur eine Notwendigkeit.

Dann richteten aber nicht nur chemigraphische Anstalten Retoucheabteilungen ein, sondern auch die Besteller von Retouchen selbst, z. B. Maschinenfabriken, Möbelfabriken u. dergl. Auch hier war die Retouche losgetrennt von der Chemigraphie und bildete ein selbständiges Gewerbe. Auch photographische Ateliers, die viel gewerbliche Aufnahmen zu machen haben, Privatlithographien, Zeichenateliers bemächtigten sich dieses neuen Erwerbszweiges. Schließlich gründeten dann auch Kapitalisten und mit etwas Kapital gesegnete Retoucheure besondere Retoucheanstalten. Und alle diese arbeiten nicht nur für Chemigraphen, sondern wohl in der Hauptsache für Maschinenfabriken usw. direkt; sie übernehmen teilweise die Anfertigung ganzer Kataloge, lassen die Clichés hier, den Druck da anfertigen und schöpfen dabei aus diesem Verlagsgeschäft noch extra Gewinn.

Da wir nun diese Entwicklung haben, durch die die Retouche immer mehr zu einem selbständigen Gewerbe wird, genügt der zitierte Passus — auch mit der besten Auslegung nicht mehr. Wir müssen dazu übergehen, für unser Arbeitsverhältnis in allen Geschäften feste Normen und Bedingungen zu schaffen. Daher muß es unsere Aufgabe sein, alle Retoucheure in der Organisation zusammen zu fassen. ganz gleich, ob sie in chemigraphischen Anstalten, Maschinen-Fabriken, photographischen Ateliers oder Retoucheanstalten beschäftigt sind, sie alle mit gewerkschaftlichem Geist zu erfüllen und für alle gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Denn letzten Endes ist es ganz gleich, ob ich meine Arbeitskraft dem Besitzer einer chemigraphischen Kunstanstalt oder dem Besitzer einer Maschinenfabrik verkaufe; für mich ist die Hauptsache, so teuer und so gut als möglich zu verkaufen. Deswegen habe ich auch im Titel dieses Artikels Retoucheanstalten und Privatretoucheure getrennt, weil diese meiner Ansicht nach mit Unrecht immer in einen Topf geworfen werden. Bei ersteren haben wir es mit einem Unternehmer zu tun, bei dem wir in Arbeit treten und die Arbeitsbedingungen festlegen können. Der Privatretoucheur aber ist ein vollendeter Heimarbeiter mit allen ihm anhaftenden Mängeln: unregelmäßiger, meist überlanger Arbeitszeit, schlechten Arbeits- und auch meistens damit verbundenen schlechten Wohnverhältnissen. Er steht dem Unternehmer allein gegenüber und deshalb ist er immer im Nachteil. Bei jedem Arbeitsmangel ist er gezwungen, für jeden Preis zu arbeiten, bloß um leben zu können usw. Gegen diese Schädlinge hilft uns aber kein Passus im Tarif, sondern nur Aufklärung und Erziehung der Kollegen zu Gewerkschaftern und Klassenkämpfern. Dann werden sie es von selbst unterlassen, in dieses Kaudinische Joch zu schlüpfen und ihre eigenen Totengräber zu sein.

Um dieses aber auch zu erreichen, ist es notwendig, daß die Retoucheure in nächster Zeit in allen Städten zu diesen Fragen Stellung nehmen, sie diskutieren und dabei auch zugleich prüfen, welche Mängel unsern Berufe in gewerkschaftlicher, hygienischer und gesundheitlicher Hinsicht noch anhaften. Die Forderungen sind dann in feste Formen zu bringen, um so eine geeignete Unterlage für die kommenden Verhandlungen zu schaffen.

Wir haben jetzt lange genug geschlafen. Rühren wir uns nicht, kann es über kurz oder lang kommen, daß uns dasselbe Schicksal ereilt, wie die Lithographen. Und wie schwer es ist, dann das wieder gut zu machen, was vorher durch ausgeprägten Überindividualismus, Künstlerdünkel und andere schöne »Jugenden« verdorben wurde, können wir ebenfalls von unseren Verbandskollegen erfahren. Deshalb heißt es, aufgewacht und in Zukunft etwas mehr Gewerkschafter und weniger Vergnügungsmensch zu sein. Denn sonst kommt die Zeit, wo uns auch das geringste Vergnügen versagt ist. rb.

Zum Artikel: „Unser Auskunfts-system“.

Was in dem Artikel »Unser Auskunfts-system« in Nr. 41 der »Gr. Pr.« behandelt wird, verhält sich m. E. in verschiedenen Punkten doch etwas anders, als es der Verfasser des Artikels dargestellt hat. Vor allen Dingen fordert es zum entschiedenen Widerspruch heraus, wenn alle Kollegen der Faulheit bezichtigt werden, die nicht ordnungsgemäß, d. h. so wie es vorgeschrieben ist, anfragen.

Die Auskunftserteiler lassen manchmal noch viel mehr zu wünschen übrig als manche anfragende Kollegen. Einem Auskunftserteiler mußte ich z. B. zwei vorschriftsmäßige Fragekarten schicken, ehe er es für nötig hielt, zu antworten; mir ist es wenigstens so ergangen (28. Juli bis 6. August 1912). Ein anderer Auskunftserteiler, Vertreter einer großen Filiale, füllte nur die ersten drei Fragen aus, während 12 Rubriken auszufüllen sind, (27. August 1912). Mich wundert nun, daß Betreffender noch seinen Namen geschrieben hat. Was hat denn eine derartige Auskunft überhaupt für einen Wert? Andere wieder bemerken auf der Auskunfts-karte, daß der Arbeitsnachweis zu benutzen sei. Über derartige Bemerkungen werden allerdings diejenigen Kollegen, welche längere Arbeitslosigkeit gekostet haben, nur ein mitleidiges Lächeln haben. Auf der Auskunfts-karte aus einer mittel-deutschen Stadt wurde dem Anfrager wohlwollend mitgeteilt, daß nur selbständige Kräfte eingestellt werden (13. September 1912). Ja, engagiert denn der Auskunftserteiler oder der Unternehmer?

Weiter verwirrt der Artikelschreiber das Vereinbaren von Gehalt, bevor die Antwort des Auskunfts-erteilers da ist. Weiß er denn nichts vom Lebenskampf? Wie man eine Stelle erlangt? Glaubt er vielleicht, daß ein Unternehmer, wenn er nicht durch Mangel an weiteren Angeboten dazu gezwungen ist, überhaupt auf ein Angebot ohne Gehaltsangabe antwortet?

Folgende Behauptung setzt allerdings allem die Krone auf, weil sie den Tatsachen nicht entspricht: Dem Anfragenden sei stets Spielraum gelassen, sein Anfangsgehalt je nach der Leistungsfähigkeit festzusetzen; auf der Antwortkarte werde nur immer der Lohn angegeben, mit welchem die Stelle zuletzt besetzt war. — Ja, weiß denn der Artikelschreiber überhaupt nicht, wie eine Antwortkarte aussieht? Es steht doch klar und deutlich darauf: »Sie können die Stelle antreten mit . . . Mk.«

Mit Vorstehendem will ich nicht etwa das Auskunfts-system gelblich, sondern nur dem Artikelschreiber nahelegen, daß er nicht die anfragenden Kollegen als alleinige Sünder hinstellen möchte, da es auf Seiten der Auskunftserteiler auch nicht immer so ist, wie es sein soll, worunter in erster Linie arbeitslose Kollegen zu leiden haben. A. R.

Anmerkung. Das auch manche Auskunftserteiler die Wichtigkeit unseres Auskunfts-systems nicht nicht voll erfaßt haben und den Anfragern unpünktlich oder unvollkommen antworten, ist natürlich ebenso bedauerlich und verurteilenswert, wie das vorschriftswidrige und nachlässige Verhalten mancher anfragenden Kollegen. Möchten daher aus dem Artikel in Nr. 41 und aus den vorstehenden Ausführungen alle Kollegen die Lehre ziehen, gewissenhaft ihren Pflichten beim Stellungswechsel nachzukommen, um sich selbst und andere vor Schädigungen zu bewahren. Die Redaktion.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Osnabrück-Lüstringen. Der in Nr. 41 veröffentlichte Bericht über die Stellungnahme der Filiale Osnabrück zum neuen Formstechertarif stützt sich nicht auf den Bericht der Filialverwaltung, der verspätet einging, sondern auf die Mitteilungen des Referenten über die von ihm abgehaltenen Bericht-erstattungsversammlungen an die Zentralkommission der Formstecher. Die Verwaltung der Filiale Osnabrück legt Wert darauf, zu erklären, daß die Versammlung nicht mit dem neuen Tarif einverstanden war, sondern bedauert hat, daß ihm unsere Vertreter zugestimmt haben.

Feuilleton.

Ich bin ein Sklave

Mel.: Ich bin ein Preuße

Ich bin ein Sklave; kennt ihr meine Farbe?
Die gelbe Fahne schwebt mir stolz voran.
Daß ich für meinen Arbeitgeber darbe,
Das deutet, merkt es, meine Farbe an.
Ist auch mein Lohn nur kläglich
— Trotz 14 Stunden täglich —
:: Ich halte treu zum gelben Werkverein
Und bin ein Sklave, will ein Sklave sein. ::

Mit Lieb' und Treu' halt ich zum Werkvereine,
Von dem so mild mein Arbeitgeber spricht.
Ich folge ihm, und wenn auch nur zum Scheine,
Denn widersprechen, ach, das kann ich nicht.
Maß er mich knechten, schänden.
Ich will es überwinden.
:: Mit Herz und Hand will ich sein Sklave sein
Und halte treu zum gelben Werkverein. ::

Nicht jeder Tag kann glühn im Sonnenlichte.
Ich trachte nicht nach Geld und nicht nach Gut.
Naht sich mit menschenfreundlichem Gesichte
Mein Arbeitgeber, bin ich wohlgenut.
Wenn er die Hand mir drückt,
So bin ich hoch beglückt.
:: Sein Blick strahlt mir ins Herz wie Sonnenschein.
Ich bin ein Sklave, will ein Sklave sein. ::
»Proletarier«.

Johann Daniel Preißler. Zum 175. Todestag des Künstlers.

Ein durch seine schriftstellerischen Werke, besonders auch durch das bekannteste, sogar für die Akademie in Petersburg ins Russische übersetzte dreiteilige Werk: »Die durch Theorie erfundene

Praktik oder gründlich-verfaßte Regeln, deren man sich als einer Anleitung zu berühmter Künstler Zeichenwerken bestens bedienen kann,« *) namhaftes Mitglied der weitverzweigten Familie Preißler in Nürnberg ist Johann Daniel Preißler, gestorben am 13. Oktober 1737.

Nach der Jammerzeit des 30jährigen Krieges und in der Zeit der Bedrückungen eines der Kunst in ihrem eigentlichen Wesen widerwärtigen Zunftzwanges, der Schönheitspflesterden- und Perückenzeit, begann der Verfall der deutschen Kunst im 17. und 18. Jahrhundert. Um diese Zeit wanderte aus Böhmen Daniel Preißler, dessen Vorfahren Glasbläser waren, nach Nürnberg ein. Er verheiratete sich und war als Meister bis zu seinem am 19. Juni 1665 erfolgten Tode in Nürnberg tätig. Erst nach dem Tode Daniel Preißlers, am 17. Januar 1666 erblickte sein Sohn, Johann Daniel das Licht der Welt. Nach 10 Jahren Witwenzeit heiratete seine Mutter einen Schüler ihres Mannes, Heinrich Popp, und von diesem erhielt Johann Daniel den ersten Unterricht im Zeichnen und Malen. Später kam er nach seines Stiefvaters Tod noch ein paar Jahre zu dem Maler Murrer in die Lehre. Im Jahre 1688 reiste er nach Venedig, und im nächsten Jahre nach Rom, wo er sich weiter in seiner Kunst ausbildete. Nach 8jährigem Aufenthalt in der ewigen Stadt kehrte er 1696 nach Deutschland zurück und machte sich in seiner Vaterstadt Nürnberg als Meister selbständig, was bei dem damals herrschenden Zunftzwang nicht so leicht war. Johann Daniel Preißler war einer der größten Gegner jenes starren Zunftzwanges und in einem »Bericht von der Malerordnung und wie dieselbe

zu einer freien Kunst geworden« ist auch Preißlers gedacht; den er stand in der vordersten Reihe der für die Freiheit der geknechteten Kunst Kämpfenden. Erst im Jahre 1713 — also vor kaum 200 Jahren — wurde die Malerei als eine freie Kunst erklärt und fand der lästige Zunftzwang sein Ende.

Um den Verfall der Kunst aufzuhalten, wurde in Nürnberg anno 1662 schon die erste deutsche Maler-Akademie gegründet; am Anfang des 18. Jahrhunderts kam auch dieses Institut in Verfall. Die Wiederaufrichtung wurde vom Rat beschlossen, und im Jahre 1704 Johann Daniel Preißler als Direktor der Akademie mit einem Jahresgehalt von 12 Talern angestellt. Wenn man die Zeitverhältnisse berücksichtigt, so muß man die Lehrtätigkeit Preißlers anerkennen, denn nicht weniger als 60 Maler genossen seinen Unterricht und zwar vereinigten sich 20 davon noch zu einer engeren »Schule Preißlers«. Durch seine Lehrbücher aber, welche alle in mehreren Auflagen erschienen sind, wurde er über ganz Deutschland bekannt, und wundert man sich nur, daß in manchen kleinen und großen Konversationslexikons von Johann Daniel Preißler und überhaupt von der Künstlerfamilie Preißler nichts zu lesen steht, während doch manche »Größen« darin stehen.

Als Mensch war Johann Daniel Preißler einer der edelsten, und er wurde zu seiner Zeit ebenso auch als Künstler geschätzt; vom Jahre 1715 bis zu seinem Tode war er in dem größeren Rate der Republik (»freien Reichsstadt«) Nürnberg. Für seine edle Gesinnung sind nachstehende Verse bezeichnend, welche er einem Bürger ins Stammbuch geschrieben hat:

»Wer durch die Weisheit sich den Tugendweg läßt leiten,
Der wird gewißlich auch vor allem Böses meiden.«
S.

*) Preißlers Gesamtwerk umfaßt 143 Platten auf 118 Tafeln. Im Buchhandel fast vergriffen, teilweise in verschiedene Verlage zerstreut, taucht das Werk Preißlers nur noch in Auktionen auf und wurde meist zu ziemlich hohem Preise angekauft. Im Besitze unseres Kollegen J. Meier-Durst in Saalfeld (Saale) befinden sich über 100 Originalzeichnungen Preißlers (Akt- und Anatomie-Studien). Auf Wunsch hält der Kollege, gegen Vergütung der Reisekosten und kleine sonstige Entschädigung Ausstellung und Vortrag in Mitgliedschaften, wo geeignete Lokale sind.

Zur Hälfte des sonstigen Preises!
Prima Tangierfilms und Apparate verschied. Systeme
Einzig echt. Von wunderbarer Schärfe. Verlangen Sie Muster.
FRANZ TROMMER, LEIPZIG, GRETSCHELSTRASSE 11

Chiffre - Inserate
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.

Stellenangebote

Zwei erstklassige
Masch. - Retuscheure
in angenehme Stellung gesucht. Off. mit Gehaltsansprüchen und Vor age von Arbeitsmustern erbeien von [240]
A. Krampolek, Graph. Kunstanstalt, Wien IV, Viktorgasse 14.

Positiv-Retuscheur [90]
gesucht:
J. G. Huch & Co., Barmen.

Reproduktions-Photograph
I. Kraft, firm in naß und Emulsion,
1a. Retuscheure, Nachschneider und Auto-Ätzer
in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen, Referenzen und Eintrittstermin an [270]
Hess & Janke, Frankfurt a. M.

Tüchtiger Kopierer
möglichst baldigst gesucht. Offerten mit Zeugnissen, A ter und Gehaltsansprüchen an [240]
H. Hauffler & Co., Graph. Kunstanst. f. Buch- u. Steindr., Stuttgart, Kornbergstr. 44-46.

Nachschneider
für Auto und Strich sofort verlangt. Ausführl. Bewerbungsschreiben nebst Zeugnisabschr. sind zu richten an
Richard Labisch & Eisler, Hamburg, Barkhof. [210]

6 tüchtige MESSINGSTECHER
werden gesucht [210]
Th. Stein, Formsteherei, Berlin - Friedrichshagen.

Mehrere tüchtige
MESSINGSTECHER
werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergultstr. 24.

2 saubere jüngere
Messingstecher
in angenehmes Arbeitsverhältnis sucht in Arbeitsnachweis [210]
Hermann Prössel, Formsteherei, Dessau, Turmstraße 29.

Stellengesuche

Tücht. Nachschneider
m. allen vork. Arb. vertraut, wünscht sich zu veränd. Berlin - Leipzig bevorzugt.
R. Wirth, Leipzig, Mariannenstr. 21.

Routinierter Reprodukt.-Photograph
für Drei- und Vierfarben, Auto, Strich und Halbton, Emulsion u. Collod., sich. schnel'er Arbeiter, sucht Stellung. Offerten erbitte an
Ernst Leyser, Leipzig - Reudnitz, Lipsiusstr. 4 II.

Verschiedenes
DRESDEN!
Sonntags vormittags 9-12 Uhr: Unterricht im Aktzeichnen und Malen, Stylisten - Kompositionen
A. Walther, Kunstmaler, Walpurgisstr. 2, III - Prospekt frei!

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen
(fachmännisch sortiert)
ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande
Wischwalzen - Schläuche, ohne Naht
für Steindruckschnellpressen
Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).
Vertreter an allen größeren Plätzen — Ia.-Zeugnisse —

„Faltentod“
Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Drawe.)
Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen.
In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt!
Patente in allen Kulturstaaen.
Krieger & Co., Bielefeld.

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe
liefert **Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.**

Ein modernes Schriftenwerk für die Schreibkunst 3.50
Kunstschriftverlag Lautenbach
Berlin-Mariendorf

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Gebrauchte eiserne Steindruckhandhebelpressen 60/79, 45/54, 53/74 u. 55/78 cm verkauft billigst
Leipziger Tangier-Manier, Alex. Grube, Leipzig, Talstr. 4

Haus- u. Geschäftsverkauf!
Ein Hausgrundst. m. Formsteh. u. Tapetenhdl., vorger. Alters halb. preisw. z. verk. Steh. best. 30 J., gute Kundenverb. f. Tapetenfabr., Wachsdruck, Stoff- u. Plüschdruck i. näd. Nähe, sow. Ausl. Bei Kap. u. energ. Forhbet. sich. Exist. Aufb. w. s. 18 J. e. flottgh. Gesch. d. Nährbr. i. Haus beir. Gefl. Ang. un. S. S. 333 a. d. Exped. d. »Graph. Presse«.

Wollen Sie Ihr Inserat
pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

Verbandsnachrichten

Unserm lieben Kollegen
August Oske,
(Steindr.) zu seinem 60jährigen Berufsjubiläum die herzlich Glückwünsche!
Die Zahnstelle Düsseldorf.

Erklärung!
Die von mir geäußerten Beleidigungen gegen den Steindrucker Herrn **Franz Heinrich,** nehme ich hierdurch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.
Julius Reif, Würzburg.

Die Kollegen
Richard Scholz, Steindr.,
Buch-Nr. 24 857.
Willy Krause, Lithogr.,
Buch-Nr. 22 843,

werden ersucht ihre Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Gleichzeitig werden die Zahlstellen darum gebeten, den Aufenthaltsort anzugeben.
Albert Lindner, Vorsitzender, Frankfurt a. O., Gr. Müllrosenstr. 23 b.

Achtung!
Auskunftserteiler für Wiesbaden ist **Friedrich Schön, Oranienstr. 42 III, Hts.**

Die Verwaltungen der Mitgliedschaften werden gebeten den jetzigen Aufenthalt des Lithogr.
Richard Meinert,
B.-Nr. 15 347, geb. 27. Nov. 18821, Berlin an Unterzeichnete gelangen zu lassen.
F. Meinert, Berlin, Wienerstr. 63 v. III.